

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

178 (4.8.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Muffstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmöndlich 1.— M. mit 90 3 ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 3, Samstags 15 3. — Anzeigen: die einpaltige Kolonnenzeile
20 3, auswärts 25 3, Reklamen 80 3. Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle: Schriftleitung: Geora Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Heer-
n. Redaktion: Zuisenstr. 24. Fernsprecher: mann Kadel; für den Anzeigentel: Gustav Krüger. Druck und Verlag:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Steigerung der parlamentarischen Zusammenarbeit?

Der Nachrichtendienst des Vereins deutscher Zeitungsverleger hat aus rechtlich stehenden Kreisen des Reichstags gehört, daß mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden könne, daß die Regierungsparteien die parlamentarische Tätigkeit in dieser Woche noch zu steigern gedenken. Es könne, so wird berichtet, mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Steuergeetze und die Zollvorlage bis zum nächsten Montagabend eventuell unter Zuhilfenahme des Sonntags für eine Dauer-Minutenfrist verabschiedet werden soll. Ob dann der Etat und die Amnestivorlage noch erledigt werden können, bleibe dahingestellt.

Ob diese Mitteilung zunächst nur ein Versuchsdallion sein soll, um zu prüfen, ob die Durchführung einer solchen Absicht auf ernstlichen Widerstand stoßen werde, oder ob die Regierungsparteien und die Regierung selbst über einen solchen Plan schon einig sind, ist im Augenblick von hier aus nicht klar zu ersehen. Jedenfalls ist am vorigen Samstag im Reichstag noch bei allen Parteien als sicher angenommen worden, daß die Steuergeetze allerfrühestens am Mittwochabend erledigt sein können. Soll die Zollvorlage bis zum Montagabend verabschiedet werden, so dürfte das auch nur auf Kosten einer sachlichen Beratung und durch die Fortsetzung und Steigerung der gesetzgeberischen Tätigkeit geschehen. Ohne die Zustimmung des Zentrums könnte der Plan in keiner Weise verwirklicht werden. Und da wäre es doch interessant, wenn das Zentrum zustimmen würde, daß auch der Sonntag zur Sicherung der Wucherzollenerlei mit benützt wird, während gleichzeitig dasselbe Zentrum sonst peinlich darauf hält, daß der Reichstag an jedem katholischen Feiertag seine Arbeiten unterbricht und auf die fröhlich religiösen Gesühle und Bedürfnisse des Zentrums Rücksicht nimmt. Für die katholischen Arbeiter wäre das immerhin ein sehr lehrreicher Anschauungsunterricht. Daß die Regierungsparteien entschlossen sind, die Zollvorlage noch durchzusetzen, daran besteht kein Zweifel; sie wissen auch sehr gut, daß, wenn ihnen das nicht innerhalb weniger Tage gelingt, sie aus ihren eigenen Mannschaften die erforderliche Mehrheit nicht zusammenhalten werden. Und daß die Opposition keinerlei Lust hat, aus ihren Reihen heraus bei entscheidenden Abstimmungen die Zahl der Abgeordneten zu stellen, die zu einem verfassungsgemäßen gültigen Beschluß notwendig sind, ist den Herren von der Koalition auch klar. Es scheint auch, daß die Regierungsparteien den stärksten Druck auf die Regierungsparteien ausübt, damit die Zollvorlage noch schnell unter Dach und Fach kommt.

In diesem Zusammenhang ist eine Meldung interessant, wonach der Zentrumsabgeordnete von Guérard nach Abschluß der jetzigen Reichstagssitzung, zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannt werden soll. Herr von Guérard steht auf dem äußersten rechten Flügel des Zentrums, er ist ein Anhänger einer parlamentarischen Koalition ohne Sozialdemokratie und er ist auch einer der Haupteinpeitscher des Zentrums für die gesetzgeberische Putscharbeit, die mit den neuen Steuergeetzen schon geleistet wird. So wäre es gar nicht verwunderlich, daß Herr von Guérard auf einem Ministerposten Platz nehmen kann. Der „Badische Beobachter“ von heute früh bringt über die mögliche Ernennung des Herrn von Guérard zum Reichsminister ebenfalls eine Mitteilung und berichtet, daß im Fraktionsvorstand des Zentrums möglicherweise die Angelegenheit schon erörtert worden ist, ebenso zwischen den Regierungsparteien und der Reichsregierung. Die Redaktion des „Bad. Beobachter“ hat selbst das drückende Gefühl, das unter den momentan gegebenen Verhältnissen die Ernennung eines ausgeprägten rechtsstehenden Zentrumsführers, der bei der Durchsetzung der Steuer- und Zollgeetze eine entscheidende Rolle spielt, einen etwas peinlichen Eindruck machen muß. Darum verweist der „B. B.“ seine Mitteilung mit der folgenden Heberschrift: „Vor einer neuen, schweren Entscheidung des Zentrums.“ Die Deutschnationalen lassen sich für ihre Zustimmung zur Sicherheitspaket mit wucherischen Zöllen und durch eine brutale Schonung des Besitzes bei der Gestaltung der Steuergeetze bezahlen. Was Wunder, wenn zur selben Zeit der Einpeitscher des Zentrums Reichsminister wird!

Charakteristisch für die Handlungsweise einzelner Zollministerparteien ist, was heute früh die „Frankfurter Zeitung“ meldet: „Man erwägt, den Stoff so zu teilen und über die Beratunsmethode so zu disponieren, daß man heute in acht Tagen, also am 10. August, abends spätestens fertig wird, wenn nötig

soar unter Zuhilfenahme des dazwischenliegenden Sonntags. Dabei tritt auch der Gedanke mehr und mehr in den Vordergrund, bei der Zolltarifnovelle ein abgekürztes Verfahren derart anzuwenden, wie wir es kürzlich schilderten, d. h. also das ganze Gesetz als Anlage zu einem einzigen Ermächtigungssparagrafen durchzusetzen und so die Diskussion über die Details auszuschließen. Es ist nicht nur die Sorge um die Beschäftigung der Arbeiter, sondern auch die Sorge um die Beschäftigung der Arbeiter, die heute verläßt der Regierungsbildung nur über 205 angeworbene Mitglieder — scheint auch noch eine andere Überlegung stark mitzuspielen: Am 11. August, Dienstag nächster Woche, findet unter Reichstags die offizielle Verabschiedung der Regierung unter Teilnahme des Reichspräsidenten und des ganzen Kabinetts statt. Wenn bis dahin der Reichstag noch nicht in die Ferien gegangen ist, bleibt den Deutschnationalen wohl über alles übrig, als sich offiziell zu beteiligen. Das möchte man sich aber, obwohl man Regierungspartei ist und den früheren Vorsitzenden Schiele in das Kabinett einsetzt hat, unter allen Umständen ersparen. Soweit acht die Lokalkität doch noch nicht, obwohl man schon manderlei gelernt hat. Wir glauben allerdings, daß die Opposition der maßgebenden Regierungspartei den Gefallen nicht tun wird, sie von ihren Neugängen um die Verfassungsfestsetzung zu betreiben, sondern auf einer sachlichen Durchberatung der noch ausstehenden Vorlagen einschließlich der Zolltarifnovelle bestehen wird.“

Zur Ausweisung der deutschen Östrenten aus Polen

München, 3. August. Anlässlich der deutschen Östrentenausweisungen aus Polen verlangt die Fraktion des polnischen Hauses im bayerischen Landtag sofortige Ausweisung der in Bayern befindlichen Polen, insbesondere der polnischen Juden. Sie fordern dies mit dem Hinweis darauf, daß die Bergelungsmöglichkeiten der Reichsregierung für die Polen vollkommen unzulänglich seien.

Berlin, 3. August. Der Reichspräsident hat die Sozialdemokratie Groß-Berlins nach seiner Entscheidung an, in der empört über den Widerstand gegen die alten menschlichen Empfindungen widersprechende Gesamtheit erhoben wird, mit der die polnische Regierung als Mittel im Kampfe um Handelsverträge die Ausweisung vieler Tausende unbeteiligter Deutschen anwendet. — Jedes geeignete Mittel, jedoch nicht das grausame der Ausweisung unbeteiligter Polen, müßte angewendet werden, um diesen unwillkürlichen Gewalttätigkeiten entgegenzuwirken und den Betroffenen Hilfe zu bringen.

Die Tragödie der aus Polen Vertriebenen

Schneidemühl, 3. August. Der preussische Innenminister Severing traf gestern nacht um 11 Uhr hier ein, wo er am Bahnhof von den Spitzen der Regierungsbehörden und einer Abteilung Reichsmehr empfangen wurde und sofort im Auto in das Flüchtlingslager hinausfuhr. Hier erwartete ihn eine Vertretung der Flüchtlinge, die gewählt worden war, um den Minister durch die Flüchtlingshallen, in denen die Östrenten untergebracht sind, zu führen. Obwohl mit Rücksicht auf die bevorstehende Amtsenthebung des Ministers die verantwortlichen Beamten in den letzten Stunden eine größere Aktivität an den Tag gelegt hatten, obwohl man das verfallene Stroh zum großen Teil erneuert und den Platz zwischen den Hallen gereinigt hatte, bot das Lager einen bei Nacht doppelt schauerlichen und erbarmungswürdigen Anblick.

Sichtlich erschüttert durchschritt der Minister die riesigen Räume, in denen auf dünnen Strohmatten die Flüchtlinge, Männer, Frauen, junge Mädchen, durcheinander auf dem Boden schliefen. Sie und da ertönten Aufe: „Massenrab“ aus dem Dunkel. Die Säuglinge schrien; die kranken Kinder, unter denen gestern wieder 20 neue Mäternähe feststellte wurden, ohne daß sie aus der Masse der 1500 schlafenden Kinder ausgeschieden wurden, röhnten im Fieber. Ein erschütterndes Problem, die Ausdehnung der tausenden zusammengepferchten Menschen, und der Gestank der hoarartigen Aborte lag über den Schlafenden. Das Ganze ein trostloses Nachtbild tiefsten Elends, größter Not.

Minister Severing gab sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin im Lager Schneidemühl durch Anstich folgende bekannt: Es wird von der preussischen Regierung alles daran gesetzt werden, um einmal den Abtransport eines erheblichen Teiles der Östrenten in die einzelnen preussischen Regierungsbezirke zu beschleunigen, indem auch um für die im Lager zurückgebliebenen weitgehende Erleichterungen ihrer schwierigen Lage zu schaffen. Zu diesem Zweck ergeben sich am Dienstag, 4. August, an die preussischen Regierungspräsidenten eilige dienstliche Anweisungen. Voraussichtlich werden auf diese Weise noch in dieser Woche 1500 bis 2000 Östrenten auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt, so daß eine erhebliche Entlastung des Lagers Schneidemühl eintritt. Am ganzen wurden bis jetzt schon Östrenten mit einem Familienstand von 5000 Köpfen beruflich untergebracht. Für die vorläufig im Lager Zurückgebliebenen sind zahlreiche Maßnahmen vorgesehen, die der Verpflegung, der Unterhaltung, der Unterbringung der Kranken und Kinder, der Unterhaltung, Abentung, dem Sport und der Beratung dienen sollen.

(Weiteres Hebe Letzte Nachrichten)

Die Tragödie an der Ruhr

(Von unserem westfälischen Korrespondenten.)

Vor einigen Tagen erklärte eine prominente Persönlichkeit aus dem kleinen Kreise der maßgeblichen Ruhrbergbauindustriellen, die Lage des Bergbaues sei auch für den größten Optimisten trostlos. Selbstverständlich vergaß er nicht hinzuzufügen, wie es nach Ansicht des Bergbaulichen Vereins vielleicht werden könnte. Da in der Not der Teufel fliegen trift, hat die Unternehmerpresse das Programm aufgegriffen und verfehlt nicht, es als den Gipfel höchster wirtschaftlicher Weisheit anzudrehen.

Vorerst: Worum handelt es sich? — Seit Beendigung des passiven Widerstandes leidet der Ruhrberaubau an einer steigenden Abwärtskurve. Im April dieses Jahres hat der Reichskohlenrat auf Grund sorgfältiger Schätzungen den deutschen Kohlenbedarf auf rund 156 Millionen Tonnen bemessen. Im Jahre 1924 betrug indessen die deutsche Kohlenförderung nur 134 Millionen, wozu allerdings noch 124 Millionen Tonnen Braunkohle kommen gegen nur 78 Millionen im Jahre 1913. Trotzdem ist die Abwärtskurve von Monat zu Monat größer geworden, und fast scheint es, als soll sich das Wort des toten Stinnes bewahrheiten, wonach wir „noch einmal in der Kohle erstickt werden“.

Diese unangenehme Ueberproduktion an Kohle wird nur durch eine ganze Anzahl von Momenten erklärt: das stetige Anwachsen aller Wasserkraften (die beispielsweise in der Schweiz zu einer Senkung der Kohlenquote um 25 Prozent führte), die Vermehrung von Del- und Betriebs- und Heizungsanlagen, die technische Vervollkommenung der Wärmewirtschaft und schließlich auch das Fehlen eines großen Kohlenports — sie alle tragen bei, den Kohlenbergbau in aller Welt in eine schwere Krise zu stürzen, die verklärt wird durch die allgemeine Depression, von der auch die übrige Rohstoff- und Fertigfabrikation betroffen wird.

Wie seit langer Zeit bei ähnlichen Anlässen, so wurde auch diesmal wieder versucht, alle entstehenden Schwierigkeiten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Bei den südlichen Randzonen des Ruhrreviers begann die Traodie. Ihre Kosten waren gewiß nicht von höchster Qualität, wenn gleich vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus ihre Stilllegung ein Uebel war. Jedoch kamen insbesondere nach der neuen Syndikatsbildung solche Momente nicht mehr in Betracht. Die Frage wurde nach der privatwirtschaftlichen Rentabilität gestellt, und da infolge der schlechten technischen Einrichtung die Unrentabilität gegeben war, erfolgte die Stilllegung der Zechen, die jetzt sogar zum Erlaufen gebracht wurden. Die Arbeiterschaft floh aufs Pflaster, die Gemeinden verarmten; ihre Hilfskasse verhallen ungehört.

Inzwischen nahm die Krise ihren Fortgang und zog auch jene Unternehmen in ihren Bereich, die bisher als durchaus gesund betrachtet wurden. Schließlich sah sie auch in dem besten Revier Fuß, und nun erfolgte jene Periode, die zeitlich in die letzten Monate fällt und schließlich eine furchtbare Elendszeit für die betroffenen Arbeiter darstellt. Nach genauen Berechnungen — die übrigens von Unternehmerseite stammen — dürfte die Zahl der entlassenen Arbeitnehmer im Augenblick rund 35 000 betragen! Nun haben die Gewerkschaften, die sich fast allein um die Opfer der Stilllegungsaktion kümmern, zwar versucht, die Arbeitermassen zum Teil in neuen Berufen, zum andern Teil in anderen Revieren unterzubringen. Bei vielen gelang das jedoch nicht. Groß ist die Zahl der Ausländer, die infolge der Krise abgemandert ist. Wäre das nicht der Fall, so wären die sozialen Schwierigkeiten schon jetzt unerträglich.

Aber mit dem Meer der 35 000 Entlassenen soll es ja nicht sein Bewenden haben. Die Sündici der Handelskammern, die sich vielfach als die Beamteten der Schwerindustrie ansehen, erklären ebenso offen wie die Organe der Bergbauindustriellen, daß mit den 35 000 die Frage der Verlegung durchaus nicht als geklärt angesehen werden könne. „Die Lage ist trostlos“, so laute der Gewährsmann des Unternehmertums, und nun entwickeln sie ein Sanierungsprogramm, das nicht von Wabbe ist. Ausgehend von der Abwärtskurve verlangen sie vorerst eine Verbilligung der Produktion. Naturgemäß wird nicht daran gedacht, entsprechend den Vorschlägen der Gewerkschaften die Technik des Bergbaues zu heben, die, am Ausland gemessen, durchaus unterdurchschnittlich ist, auch nicht an eine Vereinfachung der Verwaltung und der Verkaufsanimation, sondern sie meinen, daß sie ihr Ziel erreichen können durch eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine weitere Entlastung von nochmals 30 000 Arbeitern! 60 000 bis 70 000 sind zu viel im Revier, dies ist der Refrain, wenn das Lied von jener Seite anstimmt wird.

Das übrige Rezept ist zu bekannt, als daß es ausführlich wiederholt zu werden brauchte: Steuerliche Entlastung, Ermäßigung der Frachtarife, Befreiung von den „sozialen Lasten“ und schließlich Kredite, Kredite und nochmals Kredite. Als die inzwischen demontierte Kreditbewährung von 15 Millionen im Ruhrgebiet bekannt wurde, schrieb die

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Vergewerkung“ übereinstimmend, das sei viel zu wenig — an das nach dem passiven Widerstand gemachte Millionengeschenk denkt man schon gar nicht mehr. Was der Ruhrbergbau anscheinend vom Reich verlangt, sind jene Summen, die zu einer völligen Umstellung des Bergbaues erforderlich sein werden. Im übrigen hoffen sie, allein fertig werden zu können. Insbesondere glaubt man die Arbeiterkraft um so besser erledigen zu können, je weniger sich Regierung und Gewerkschaften einmischen. Es ist a. B. bezeichnend, daß die Unternehmer eine Ueberprüfung von geplanten Stilllegungen durch die Betriebsräte rundweg ablehnen!

Geht es dem Bergbau im deutschen Westen schlecht, so leiden darunter auch alle übrigen Industrien, leidet auch empfindlich das kommunale Leben. Mehr als anderswo stützt hier die Montanwirtschaft, leidet der Handel. Alles Gedeihen und alles Wirken hängt ab vom Bergbau. Gerade deshalb aber ist die Weigerung der Industriellen des Bergbaues um so schädlicher, ihren verfehlten Standpunkt aufzugeben, nachdem nur sie über das Schicksal der Betriebe zu befinden haben.

Die Arbeiterkraft lehnt das „Sanierungsprogramm“ der Unternehmer ab. Niemals und zu keiner Zeit haben die Gewerkschaften sich geweigert, wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Auch dann nicht, wenn sie von den Kommunisten als „Verräter“ und „Schufte“ beschimpft wurden. Aber niemand kann und wird verlangen wollen, daß die Arbeiterkraft offensiblen Unfug als Verneinung anerkennt und jener wirtschaftspolitischen Weisheit Konzeptionen macht, die an dem Elend die Hauptschuld trägt. Gerade jetzt hat die Exekutive der Verarbeiterinternationalen wieder aufgefordert, daß mit der heillosen Unordnung im internationalen Verarbeitenden ein Ende gemacht werden sollte, daß eine planmäßige Regelung der Produktion und des Absatzes erfolgen müsse.

Wie oft sind solche Vorschläge schon gemacht worden! Schon Otto Hue forderte die Sozialisierung des Bergbaues, weil nur durch sie Krisen größten Ausmaßes vermieden und nur durch sie eine überstaatliche Draanaktion der Wirtschaft herbeigeführt werden könnte. Diese Vorschläge sind vom Unternehmertum noch immer brüsk abgelehnt worden. Ohne die angebliche „Initiative des Privatkapitals“ sollte die Wirtschaft umwälzt sein. — Heute sind es 35 000, die sich von der Falschheit des Standpunktes der Unternehmer überzeugen können, morgen werden es 40 und 50 000, übermorgen bereits 60 000 sein. — Die letzte Stille der Arbeiter bleiben die Gewerkschaften und die Partei. Vielleicht, daß deren bereits Kräfte es vermögen, das Aller schlimmste abzuwenden. Vielleicht, daß auch die nahe Zukunft endlich einmal Ordnung in die kapitalistische Unordnung bringt. Vielleicht — und vielleicht doch zu spät!

Profeste aus Wertmeistertreffen

Stuttgart, 3. Aug. (Eigene Meldung.) Am vergangenen Sonntag hielt in Kornwestheim der Wertmeisterverband der Schuhindustrie seine Verbandsversammlung ab. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden eröffnete zuerst der Sekretär des Wanders Berlin, Herr Bode, das Wort. Er unterrichtete besonders die in den letzten Wochen im Reichsstaat von Regierung und den Mehrheitsparteien gefassten Beschlüsse, die im Gegensatz zu den Wählerwünschen der Reichs- und Mittelparteien, hauptsächlich der deutschen Fraktion, nur darauf auszugehen, die breiten Massen des arbeitenden Volkes durch Verbrauchssteuern, Abgaben usw. noch mehr auszubeuten, als das bisher schon der Fall ist, und so dem arbeitenden Volke selbst das zum Leben unbedingt notwendige vorher schon minimale Existenzminimum unter Beihilfe der Regierung noch mehr zu verringern, und den Besitz immer mehr von den Steuern zu befreien.

Hierauf nahm Herr Bode, Sekretär des Schuhmacherverbandes, das Wort. Er wies darauf hin, daß den Schuhmachern in nächster Zeit schwere Lohnkämpfe bevorstehen und hat den Verband, bei etwaigen Lohnfreitakteten und Ausperrungen dem Schuhmacherverband treu zur Seite zu stehen, was ihm auch vom Vorstand zugesichert wurde.

„Führer der Arbeiterklasse“

Die kommunistische Partei bezeichnet sich gern als der „Führer der Arbeiterklasse“. So führte Kurt Fischer auf dem Parteitag des Ruhrbezirks am 6. Juli 1925 folgendes aus:

„Unsere Aufgabe ist es, Führer der Arbeiterklasse zu sein. Es ist eine Frage, von unserer letzten Taktik als von einer Einheitsfront von oben oder von unten mit der SPD, zu sprechen. Wir haben weder eine Einheitsfront von oben, noch eine Einheitsfront von unten mit der SPD. Einer bolschewistischen Partei ist jedes Mittel recht...“

Daraus geht zunächst hervor, daß der Schwindel von der „Einheitsfront“ von den Kommunisten, wenn sie unter sich sind, selbst verhöhnt wird. Sie bedienen sich dieser Parole nur als Mittel, um schlecht unterrichtete Arbeiter für ihre engstirnigen Parteinteressen zu gewinnen. Nun muß aber von jedem Führer der Arbeiterklasse verlangt werden, daß er nicht nur die Wahrheit über alles stelle, sondern daß er zuerst selbst wisse, wohin der Weg gehen solle. Wie es damit in der kommunistischen Partei steht, das schildert Ernst Reinhardt in der kommunistischen „Neuen Zeit“ am 11. Juli 1925 in folgender Weise:

„Die Partei hatte ein Erbe von Brandler und Thälheimer übernommen, das keine Kleinigkeit war (Passivität, anti-gewerkschaftliche Einstellung, vollkommene theoretische Unklarheit). Es zeigten sich viele Schwächen der Partei, die weder die Parteizentrale, noch irgend eine besitzlich verantwortliche Leitung der Partei übernahm. Das zeigt, daß unsere Parteimitglieder noch nicht klar die Führerrolle der Partei und ihre eigenen Aufgaben zur praktischen Durchsetzung dieser Rolle der Partei erkannt haben, sondern oft den unklaren nutzlosen Massenbestimmungen nachgeben. Die Bolschewisierung der Partei muß an diesen Punkt ansetzen und hat hier noch ein starkes Stück Arbeit zu leisten.“

Eine Partei, bei der es so drunter und drüber geht, magst sich also an „Führer der Arbeiterklasse“ zu sein. Diese Annahme wird zu einer Frechheit, wenn man liest, daß der

Meinung der Massen „unklare nutzlose Massenbestimmungen“ überhaupt keine Bedeutung beigemessen werden soll!

Gemeindepolitik

Vorstandsbesitzung des Badischen Städteverbandes

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes hielt am 27. Juli in Pforzheim eine Sitzung ab. Durchberaten wurde in erster Linie die Steuererhebung, und zwar sowohl die Reichssteuererhebung als auch insbesondere die Landessteuererhebung. Zu dem Entwurf des Steuererhebungsgesetzes, der die Finanzlage der Städte außerordentlich ausunten des Landes verschlechtern will, und daher für die Städte in der vorliegenden Form nicht annehmbar ist, wird es für unbedingt notwendig befunden, daß einer Abordnung des Städteverbandes Gelegenheit gegeben wird, dem Landtag die Stellungnahme der Städte mündlich darzulegen. Mit dem Landtag ist dieserhalb alsbald in Verbindung zu treten.

Der von der Regierung aufgestellte Entwurf einer Zuwachsteuerordnung wird eingehend erörtert. Das Hauptbedenken der Städte gegen den Entwurf besteht darin, daß der Entwurf die Steuer nur nach der Besitzzeit steuern will, während die Städte daneben auch die Stellungnahme der Städte nach der Höhe des Zuwachses für notwendig halten. Die Anträge des Einzelhandels auf Aufhebung der Verkaufsmessen vermag der Vorstand als berechtigt nicht anzuerkennen. Er ist der Ansicht, daß die Vorteile der Verkaufsmessen für die Bürgerkraft bei weitem etwaige Nachteile überwiegen.

Nach den Presseberichten über die Verhandlungen im Industrie- und Handelskammertag besteht das Bestreben der Handelskammern, eine Änderung des § 54 der Gemeindeordnung dahingehend herbeizuführen, daß die Gemeinden verpflichtet werden, die Handelskammern vor der Umlagefestsetzung zu hören. Die Städte vermögen ein Bedürfnis zur Abänderung der Vorschrift in § 54 nicht anzuerkennen und müssen sich etwaigen derartigen Anträgen gegenüber ablehnend verhalten. Grundätzlich nimmt der Vorstand dahin Stellung, daß im Hinblick auf die durch die neue Steuererhebung herbeigeführte wesentliche Verschlechterung der finanziellen Lage der Gemeinden eine Unterbrechung von Vereinen und gemeinnützigen Unternehmungen durch Beiträge leider nicht mehr möglich ist. Infolgedessen müßten eine Reihe vorliegender Anträge abgelehnt werden. Schließlich werden die Wirkungen des neuen Aufwertungsgesetzes für die Gemeinden im allgemeinen und in Einzelfragen eingehend durcgesprochen.

Die Lehren der Olympiade

Von Max G. Troll

Tage herrlicher Erhebung sind die Tage der Frankfurter 1. internationalen Arbeiter-Olympiade für uns gewesen. Wir alle, die wir diese Tage miterleben durften, unsere Brüder aus Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei, Schweiz, Finnland, Lettland usw., wir alle haben nur bedauert, daß nicht alle Genossen und Genossinnen mit dabei sein konnten. Sa — ich hätte gemüßht, daß auch alle bürgerlich Gesinnten, insbesondere alle die Proletarier dabei gewesen wären, die heute noch bürgerlichen, nationalitätlich gefärbten Turn- und Sportvereinen nachstehen. Besonders die letzte Kategorie hätte mindestens verpönt, daß sie nach diesem Erleben nichts mehr in den sogenannten „neutralen“ Sport- und Turnvereinen zu suchen haben. Neutral sein heißt irgendwem und wo interessiert sein. Die sogenannte „Neutralität“ der bürgerlichen Turn- und Sportvereine kennen wir ja zu Genüge. Körperliche Erziehung, sagen sie, sei ihr Programm, verleben aber scheinbar nur Kasernehoftorvorbereitung, Kriegsvorbereitung darunter, wenn sie nicht überleben. Körperliche Erziehung, sagen sie, sei ihr Programm, verleben aber scheinbar nur Kasernehoftorvorbereitung, Kriegsvorbereitung darunter, wenn sie nicht überleben. Körperliche Erziehung, sagen sie, sei ihr Programm, verleben aber scheinbar nur Kasernehoftorvorbereitung, Kriegsvorbereitung darunter, wenn sie nicht überleben.

Das ist das Große, Ueberwältigende der ersten Arbeiter-Olympiade, daß alle Teilnehmer neben dem rein Sportlichen eine hohe Idee, die Idee der Völkereinheit, der Völkerverbrüderung, die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitals einte. Dies eracht den Einklang der Symphonie, des sich Brüderübens. Das ist die große scharfe Trennungslinie zwischen dem Arbeitersport und dem bürgerlichen, das sich mit dem Begriff „politisch-neutral“ ein schimmendes geistiges Armutsgewand auskleidet.

Wer Anspruch auf tiefere Weltanschauung macht, kann heute weniger denn je „politisch neutral“ sein. Das hohe Echo der ersten Arbeiter-Olympiade liegt gerade in dem bewussten Bekenntnis zur proletarischen, sozialistischen Gesinnung. Im Festzug wurden große Fahnen getragen, auf denen zu lesen stand: „Erfämpft den Achtstundentag!“

Kann man, nur um eine der vielen politischen Fragen herauszugreifen, die die Ausübung des Sports betreffen als Mensch, der die körperliche Erziehung des Volkes will, etwas anderes wollen, als den Maximal-Arbeitsstag von acht Stunden? Woher soll der Arbeiter und Angestellte die Zeit und die Kraft nehmen, Sport zu treiben, wenn er mehr als 8 Stunden arbeiten muß?

Die Führer der bürgerlichen Sportbewegung sind aber meist im bürgerlich-reaktionären Lager, wo der Achtstundentag mit allen Schikanen und erdenklichen Verdrehungen und Verlogenheiten bekämpft wird.

Eine andere Fühne lautete: „Gegen den imperialistischen Krieg.“

Soll man nur den Körper erdichten, um dann wegen irrendwelschen sich beleidigt fühlenden arbeitslosen Diplomatenfeldchen Millionen von schunden Menschen mit einer Lebnitsgasbombe — auch Frauen und Kinder — gemordet zu sehen?

Führer der bürgerlichen Sportbewegung sind oft die strupellosesten Kriegsbeher.

Mit ihnen hast du nichts gemein, Bruder der Arbeit! Welche Lehren aber gibt uns die erste Arbeiter-Olympiade mit auf den Weg?

Sie muß allen Sozialisten der Erde zeigen, daß neben Partei und Gewerkschaft die Arbeiter-Sportbewegung ein ungewöhnlich wichtiger Faktor unserer proletarischen Bewegung ist, den wir nicht genug pflegen können.

Unsere Arbeiterpresse (einschließlich der Gewerkschafts-presse) muß unsere Arbeiter-Sportler im Kampf gegen den „neutralen“ bürgerlichen Sport, der allen Sinn für freie Menschenentwidlung und wahres Menschentum zu existieren verliert und keine höheren Interessen kennt als Rekrutensüchtigen, tatkräftig unterstützen.

In den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen, wo die meisten Mitglieder Arbeiter und Angestellte sind (und wo ist das nicht der Fall?), muß agitiert werden dafür, daß die Vereine aus den bürgerlichen Turn- und Sportverbänden austreten und zu den Arbeiter-Turn- und Sportverbänden über-

treten. Die nötige Zweidrittelmehrheit läßt sich bei reger Agitation erzielen, wie sie schon in hunderten von Fällen erreicht worden ist.

Auf zum Kampf gegenüber diesen bürgerlichen, angeblich neutralen Turn- und Sportvereinen muß die Parole für die kommenden Tage sein.

Und ich bin gewiß, daß der große Erfolg der ersten Arbeiter-Olympiade, der die Herzen vielhunderttausend Proletarier höher schlagen ließ, seine Wirkung in allen Ländern bis in abgelegene Dörfer hinein nicht verfehlt wird. Ich sah besonders bei den Massenvorfürungen, bei dem herrlichen Festzug, besonders aber bei dem Weibefestspiel in den Dämmerstunden im Stadion zu Frankfurt alte Genossen, die stolz über den großen Erfolg, ihre Tränen der Freude die Wangen feuchten ließen, die im Innersten von edelster Freude bement einem die Hände schüttelten, auf die Schulter klopfen. Wortlos, aber wir mußten uns eins in der Erkenntnis: „Wir marschieren!“

Und ich weiß: Die Hunderttausende, die die Tage herrlicher Erhebung in der Goethestadt miterlebten, werden die Reueiterung für die Sache des Proletariats übertragen auf ihre Kameraden in ihrer angereim Heimat. Sie werden Agitatoren sein voll heiligster Begeisterung. Sie werden Lame wachrütteln und die bereits Erwagten zu neuem Schaffensdrang entflammen. Im Sinne des Weibefestspiels, das da zum Schluß sagt:

„An der Schwelle neuer Zeiten frohen Schaffens, reißet Brüder euch die Hände zu dem großen Zukunftswerte, offen seien eure Herzen, und es öffnen sich die Tore denn von selbst geeinten Völkern.“

Aus dem Freistaat Baden

Bekämpfung der Tollwut

Der Minister des Innern erläßt zur Bekämpfung der Tollwut folgende Verordnung: Auf Grund der §§ 17 ff. in Verbindung mit § 79 Absatz 2 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 wird zur Ergänzung der Vollzugsbestimmungen zum Viehseuchengesetz die von den Behörden für gefährdet erklärten Bezirke im Sinne des § 114 der bundesrätlichen Ausführungsverordnungen angeordnet, was folgt: 1. Sämtliche vorhandene Hunde müssen dauernd, also auch solange sie angeleitet oder einpaßiert sind oder an der Leine geführt werden, mit Halsbänder versehen sein, die Namen, Wohnort und Wohnung des Besitzers des Hundes enthalten lassen. 2. Umherziehende Personen dürfen nicht mehr als einen Hund mitführen. Ausnahmen können in besonderen Fällen vom Bezirksamt zugelassen werden. 3. Anstalten, die Hunde gegen Entgelt in Verwahrung nehmen, Hundehotels, Hundeschulen und ähnliche Anstalten unterstehen der vollständigen Beaufsichtigung. Die Leiter dieser Anstalten haben über Zu- und Abgänge unter Eintragung des Namens der Vor- und Nachbesitzer der Hunde Buchzuführen.

Aus dem Haushaltsausschuß des Badischen Landtags

In den Sitzungen des Haushaltsausschusses am 30. und 31. Juli wurden der Gehetentwurf über die Beteiligung an Kassenleistungen in Baden, in Verbindung mit der Antiorderung von 1 600 000 M. im Budget des Finanzministeriums für denselben Zweck, beraten und einstimmig angenommen. Alkheits wurden die großen Fortschritte der Gewerkschaften Baden und Markgräfler in Bungenien begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die beiden Kassenanlagen dem Lande Baden, insbesondere seiner Landwirtschaft, zum größten Vorteil werden möge.

Weiter wurde der Gehetentwurf beraten über die Reduktion der Domänen und nach eingehender Aussprache mit 14 gegen 4 Stimmen, bei 1 Enthaltung angenommen. Auch hier wurden in Verbindung damit die entsprechende Postion im Budget mit 1 005 000 M. und 450 000 M. zusammen 1,5 Millionen, bewilligt. In der Aussprache wurden die von verschiedenen Seiten vorgetragene technischen, dritischen und landwirtschaftlichen Einwendungen einer eingehenden Besprechung unterzogen. Die Mehrheit des Ausschusses glaubte aber durch ihre Abstimmung die badischen Gesamtbelange am besten abzurufen zu wissen. Bei der forzierten Beratung des außerordentlichen Etats des Finanzministeriums — Abteilungs Domänen und Forsten — ergab sich bei der Anforderung von 750 000 M. in Einnahmen und Ausgaben, Ablieferungen von Holzennahmen an den Domänengrundstod, eine sehr schwere Differenz zwischen den Betretern des Finanzministeriums und der Zentrumspartei. Nach dem Vorschlag sollte diese Summe verwendet werden zum eventuellen Ankauf von Waldbesitzungen, die der Domänenverwaltung zum Anlauf angeboten wurden. Die einleitende Begründung lautete:

„Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden aller Wahrscheinlichkeit nach in der Folgeszeit zahlreiche Waldbesitzer zur Veräußerung ihrer Waldungen veranlassen und es wird sich so für das Domänenrat Gelegenheit bieten, Waldungen zu günstigen Preis zu erwerben.“

Diese Fassung gab verschiedenen Rednern des Zentrums Veranlassung gegen diese Begründung schwere Ausstellungen zu machen; sie sei eine Bekämpfung der unabhätbaren finanziellen und kellerlichen Verhältnisse der Waldbesitzer und eine Spekulation auf den Niedergang und Zusammenbruch derselben.

Der Regierungssekretär wies diese Unterstellungen scharf zurück und vermahnte sich, das Finanzministerium und die Fortverwaltung gegen den Vorwurf, ein „Bauernlegen“ damit beabsichtigt zu haben. Aber trotz wiederholter eingehender Darstellungen der wirklichen Absicht des Finanzministeriums, die die Auffassung des Zentrumsredners immer wieder als irrümlich bezeichneten, wiederholten die Zentrumsredner immer wieder ihre Auffassung, so unbedenkbar erscheinend und völlig vergebend, daß ihr eigener Parteiangehöriger und Parteifreund Dr. Köhler Finanzminister in Baden ist und durch seine Erkrankung nicht anwesend sein konnte! Ein Vorstoß gegen das Finanzministerium und die Forst- und Domänenverwaltung, der den anderen Parteien unangenehm erschien, umso mehr, als auch der Fraktionsvorsitzende des Zentrums abwesend war. — Die endgültige Abstimmung wurde sodann ausgeföhrt.

In der Sitzung des Ausschusses am 1. August wurde in der Beratung des Steuererhebungsgesetzes eingetreten, und der Berichterstatter Abg. Freudenberg gab an Hand der Vorlage einen ausgearbeiteten, klaren und übersichtlichen Bericht, die

Vorlage noch durch ein weitgehendes Zahlenmaterial ergänzend. Im Anschließ an den Bericht kam der Berichterstatter zu der Schlussfolgerung, im Rahmen des möglichen den Wünschen und Forderungen der Städte und Gemeinden entgegen zu kommen und bezeichnete 4 Gründe als möglich, um dieses Ziel zu erreichen:

- 1. Verringerung des Verteilungsschlüssels,
2. Rückwirkung der Verringerung erst ab 1. Juli,
3. Unterlage: die Volkszählung vom Jahre 1925,
4. Geltungsdauer des Gesetzes für die Jahre 1925/26.

Aus dem vom Berichterstatter vorgetragenen Zahlenmaterial sei das wichtigste hier vorzutragen:
Im Jahre 1924 betrug die absolute Ueberweisungssiffer des Reiches an Baden:

Table with 2 columns: Tax type and Amount. Includes Einkommensteuer (65 279 000 M), Körperschaftsteuer (11 669 000 M), Umsatzsteuer (14 283 000 M), Total (91 231 000 M).

Im Jahre 1925 soll und wird die Ueberweisungssiffer für Baden nach der von den Regierungsparteien im Reichstag vorgelegenen Kompromissvorlage und nach der von der Regierung an die Länder vorgelegenen Mindestüberweisungssumme von 2,1 Milliarden (1,6 Milliarden aus Einkommensteuer, 0,5 Milliarden aus Umsatzsteuer) betragen:

Table with 2 columns: Tax type and Amount. Includes Einkommen- und Körperschaftsteuer (53 280 000 M), Umsatzsteuer (18 650 000 M), Total (71 930 000 M).

Also gegen letzter weniger rund 20 Millionen, ein tieferer Ausfall für Land und Gemeinden Badens.

Von den 91 Millionen im Jahre 1924 erhielten:
das Land 47,4 Millionen = 52 Proz.,
Gemeinden und Kreise 43,8 Millionen = 48 Proz.

Nach der neuen Vorlage (im Jahre 1925) sollen erhalten:
Land 46 Millionen = 65 Proz., Gemeinden und Kreise 25 Millionen = 35 Proz. Das Land erhalte so weniger 1 Million, die Gemeinden 19 Millionen.

Der Gesamtbedarf an direkten Steuern habe betragen:

Table with 2 columns: Year and Amount. Shows 1913 (Land 24, Gemeinden 8, Total 32) and 1924 (Land 71, Gemeinden 74, Total 145) in millions.

Die Befragung für die Gemeinden ist daher prozentual viel höher geblieben, wie für das Land. Das Land befreit die Mehraufwendungen für das Schulwesen auf 19,5 Millionen Mark, die den Gemeinden als Lasten abgenommen würden und deren erste Auswirkung den Landgemeinden zugute gekommen sei. Die Verteilung des persönlichen Schulaufwands betrug:

Table with 2 columns: Year and Amount. Shows 1913 (in den Städten 6,6, in den übrigen Gemeinden 9,1) and 1924 (in den Städten 8,9, in den übrigen Gemeinden 18,2) in millions.

Die Weiterberatung wurde hierauf vertagt bis zur Entgegennahme der Regierungserklärung auf die von dem Berichterstatter aufgeworfenen Fragen.

Ueber die weitere Behandlung der von dem Ausschuss zur Beratung kommenden Gegenstände entspann sich sodann eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Das Zentrum schlug vor, zuerst sämtliche Beamtenpositionen zu behandeln, während die demokratische Partei vorschlug, zuerst die Lehrerbildungsfrage zu erledigen und sie Beamtenpositionen, dann in Gegenwart des Gesamtministeriums, insbesondere des Finanzministers zu behandeln. Das Zentrum wollte so eine Verzögerung der Lehrerbildungsfrage erreichen, ein Ziel, das es in der Abstimmung auch durchsetzte mit Hilfe der Deutschnationalen, der liberalen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Den Ausschuss gab der letztere Vertreter, der als Vertreter der Grund- und Hausbesitzer vorkam, daß er im Nebenberuf noch Oberlehrer einer Volksschule ist, und so seinen eigenen Kollegen einen sehr schönen Dienst erweise.

Grundverkehrssteuer wird einstimmig ein Antrag Behrens (Dnl.) und Genossen angenommen, der den Grundwerb durch Anhalten, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege dienen, von der Steuerpflicht befreit. Im übrigen wird die Vorlage nach der Ausschussfassung angenommen.

Bei der Umsatzsteuer wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Steuerbefreiung der Handelsvertreter in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 152 Stimmen der Linken abgelehnt. Der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag auf Befreiung aller Lebensmittel von der Umsatzsteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 131 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen abgelehnt.

Abgelehnt wird auch der demokratische Antrag auf Steuerbefreiung für die freien Berufe. Die Steuerbefreiung der Konsumgenossenschaften wird in namentlicher Abstimmung mit 233 gegen 124 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Zur Luxussteuer wird mit den Stimmen der Regierungsparteien der sozialdemokratische Antrag angenommen, daß hochwertige Qualitätsarbeit gesont werden soll. Die Aufhebung der Luxussteuer wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Demokraten abgelehnt. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent wird mit 205 gegen 152 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Völkischen abgelehnt. Es bleibt bei 1 1/2 Prozent für die allgemeine Umsatzsteuer und 7 1/2 Prozent für die Luxussteuer. Die Ausschussbeschlüsse zur Umsatzsteuer werden angenommen, darunter auch die vom Ausschuss beschlossene Bestimmung, daß Länder und Gemeinden keine Heberbergssteuer mehr erheben dürfen. Die Wechselsteuer wird unverändert angenommen. Bei den Bestimmungen über das Verfahren wird der sozialdemokratische Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 130 Stimmen abgelehnt. Dann wird in namentlicher Abstimmung mit 322 gegen 36 Stimmen der demokratische Antrag angenommen, der den Veranlagungsausschüssen bei den Finanzämtern die Einsichtnahme in das Veranlagungsergebnis gewährt. Im übrigen werden die Bestimmungen über das Verfahren nach den Ausschussbeschlüssen angenommen, ebenso die Bestimmungen über Kapital- und Steuerkraft (Aufhebung der Kapitalkraftverordnung) und die Uebergangs- und Schlussvorschriften, nachdem das Verkehrssteuergesetz am 1. September 1925 in Kraft tritt.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Zur Beratung kommt zuerst die Biersteuer.

Abg. Simon (Soz.) bekämpft die Steuererhöhung als eine durch die Finanzlage des Reiches nicht gebotene Schädigung der Wirtschaft und der Verbraucher. Die bayerische Volkspartei habe in Bayern die Biersteuer abgelehnt und wie ein Fischweib auf die Einwände gegen die Verkehrssteuervorlage geschimpft. Die Vertreter dieser Partei und die der bayerischen Regierung sollten doch einmal erklären, warum sie hier im Reichstage ganz anders auftreten als in Bayern.

Abg. Buchmann (K.) lehnt gleichfalls unter heftigen Angriffen gegen die bayerische Volkspartei die Biersteuererhöhung ab.

Abg. Dr. Fischer-Köln (D.) hebt hervor, daß vom Finanzministerium im Steuerentscheid die Auffassung mit allem Nachdruck vertreten worden sei, daß die Regierung absolut nicht die 100 Millionen Mark entbehren könne, die die Bier- und Tabaksteuer rechtmäßig erbringen soll. Nun liegt ein neuer Kompromissantrag vor, der nicht nur eine weitere Ermäßigung der Biersteuererhöhung bringt, sondern die ganze Verkehrssteuervorlage überhaupt erst am 1. April 1926 in Kraft treten will. Welches ist nun der neue Standpunkt der Regierung? Die Demokraten müssen die vorliegende Novelle ablehnen.

Vizepräsident Well teilt dem Hause mit, daß von den Völkischen ein Antrag auf namentliche Abstimmung über deren Antrag auf Ablehnung der Biersteuer eingebracht worden sei.

Abg. Henning (Völk.) kritisiert die Haltung der Regierung, die dem Willen der Regierungsparteien ein „unannehmbar“ nach dem anderen geopfert habe, ohne darauf die angeordneten Konsequenzen zu ziehen. Bei einer solchen Haltung könne die Regierung nicht mehr erwarten, daß man ihr „unmöglich“ ernst nimmt, (Sehr richtig! bei den Völkischen.) Die Bier- und Tabaksteuer sei absolut unsozial und die Völkischen würden die Vorlage daher ablehnen. Der Redner begründet noch eine Entschiedenheit seiner Partei, durch die die Regierung ersucht wird, die Einfuhr von Pilsener Bier aus der Tschechoslowakei überhaupt zu verbieten, da die Pilsener Bierbrauereien 4 M vom Erlös jedes verkauften Hektoliters Bier für Bekämpfung des Deuschlums abgeben. (Hört, hört!)

Damit schließt die Generaldebatte über die Biersteuererhöhung. Die Abstimmungen zu dieser Novelle werden zurückgestellt.

Präsident Loebe teilt mit, daß die Abstimmung über die kommunifische Beschwerde wegen des Ausschusses der Abg. Sölllein und Jadaß auf 20 Sitzungstage am Schlusse der Sitzung stattfinden werden.

Das Haus wendet sich dann der Besprechung des Art. 2 der Novelle zu, der die Erhöhung der Tabaksteuer vorseht.

Abg. Meier-Baden (Soz.) bekämpft die auf Grund der Anträge der Kompromissparteien zustande gekommene Ausschussfassung und wendet sich namentlich gegen die neu einzuführende Materialsteuer. Die Einführung der Materialsteuer würde das Verschwinden der billigen Raucherzotten von 3 und 4 Pfg. zur Folge haben.

Abg. Dönbief (K.) glaubt, daß durch Annahme der Ausschussvorlage die Tabakpreise durchschnittlich um 40 Prozent steigen würden. Das sei eine unerhörte Ausrauberei.

Abg. Büll (D.) wünscht sachliche Gründe für die von der Regierung behauptete Notwendigkeit der Tabaksteuererhöhung. Während die Parteien der Rechten das Dawesabkommen für vollkommen undurchführbar erklärten, würden sie jetzt durch neue Verbrauchssteuern des Reiches über die Verpflichtungen des Dawesabkommens hinaus 105 bis 200 Millionen an das Ausland zahlen nach dem „Rohstoffgesetz“, ein Wort, das angesichts der Lage der deutschen Verbraucherfrage und der deutschen Wirtschaft wie Bohn Kinnat. (Sehr wahr! links.) Die Regierungsparteien haben sich dem unerhörten Daud des Reichsfinanzministeriums gefügt. Der Minister hat den Abg. Meier-Baden gesagt: Wenn Sie nicht zustimmen, dann lege ich morgen mein Amt nieder. Wollen Sie denn, daß morgen ein sozialdemokratisches Ministerium regiert? (Hört, hört! links.)

Nach 9 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vormittags vertagt.

Geschäftsordnungsmäßig wird dann ohne Aussprache über die instr. eingegangene Beschwerde der Abg. Jadaß und Sölllein (K.) gegen ihren Ausschluß entschieden. Die Beschwerde des Abg. Sölllein (K.) wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

Abg. Söder (K.) beantragt, auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung den Mißtrauensantrag seiner Fraktion zu setzen.

Das wird abgelehnt, nachdem Präsident Loebe mitgeteilt hat, daß dieser Antrag zunächst den Geschäftsordnungsausschuss beschäftigen werde.

Die Fortsetzung der Steuerpufcharbeit

Umsatz-, Bier- und Tabaksteuer - Zunahme der Beurlaubungen wegen Krankheit

Sitzungsbericht

110. Sitzung

Berlin, 3. Aug. Bei der Eröffnung der heutigen Sitzung macht Präsident Loebe die übliche Mitteilung von den Urlaubsgeschieden der Mitglieder. Es haben sich diesmal 14 Abgeordnete mit längerem Urlaub, meist wegen Krankheit beurlauben lassen.

Die zweite Beratung des Verkehrssteuergesetzes wird fortgesetzt. Abg. Reubner (Komm.) wendet sich gegen die Senkung der Höhe der Kapitalverkehrssteuer und verlangt dafür die vollständige Aufhebung der Umsatzsteuer.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt die weitere Herabsetzung der Körperschaftsteuer und Erleichterungen für solche Organisationen, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege dienen.

Staatssekretär Dr. Köpplig sagt die Erfüllung verschiedener Wünsche des Abg. Fischer auf dem Vermaltungswege zu.

Abg. Reine (Soz.) bezeichnet den in den Vorlagen vorgesehenen Aufbau der Umsatzsteuer als durchaus ungenügend.

Abg. Brodow (Dem.) empfiehlt einen Antrag der Demokraten, wonach die freien Berufe von der Umsatzsteuer befreit werden sollen. Außerdem will der demokratische Antrag die Handelsvertreter umsatzsteuerfrei machen.

Staatssekretär Köpplig wendet sich gegen das Verlangen nach Befreiung von der Umsatzsteuer.

Abg. Reichmann (Soz.) tritt für die Befreiung der Handelsvertreter ein.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) weist darauf hin, daß der unter dem Finanzminister Hermes gestellte Antrag der Befreiung der Handelsvertreter keineswegs auch vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei unterschrieben war. Der verlorene deutschnationalen Abg. Helfferich habe mit ganz besonderem Eifer diese Forderung vertreten. Der Redner tritt weiterhin für die Aufhebung der Luxussteuer ein. Die Umsatzsteuer müsse härter herabgesetzt werden.

Staatssekretär Dr. Köpplig: Für unser ganzes Steuerwert müsse der Grundlag gelten, daß wir uns nicht allein richten können nach der gegenwärtigen Finanzlage, sondern daß wir Vorsorge treffen müssen für die kommenden schweren Jahre, die uns große Verpflichtungen auferlegen. Wir müssen auch an die Bedürfnisse der Länder denken.

Abg. Dr. Braun (S.) bezeichnet die Umsatzsteuer als eine der unangenehmsten Steuern. Wenn sie aber bestehen bleibt, dann sei auch die höhere Besteuerung der Luxuswaren berechtigt.

Abg. Reubner (K.) beweißt, daß die viel zu geringe Herabsetzung der Umsatzsteuer überhaupt zu einer Senkung der Preise führen werde. Die Umsatzsteuer müßte vollständig beseitigt werden.

Abg. Sönnle (K.) beantragt die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer.

Abg. Henning (Völk.) verlangt Aufhebung der Umsatzsteuer. Damit ist die Besprechung der Umsatzsteuer beendet.

Die Abstimmungen werden, da das Haus sehr schwach besetzt ist, auf später verschoben.

Zur Besprechung kommt hierauf die Bestimmung über das Verfahren.

Abg. Dr. Fischer (D.) fordert die Nennung der Namen derjenigen, die wegen Steuerabgabe und Aufforderung zur Steuerabgabe verurteilt worden sind. Die vom Staatssekretär gegebene Begründung für die schonende Verschweigung der Namen sei nicht stichhaltig. Es handle sich doch um Persönlichkeiten, die immer noch im öffentlichen Leben eine Rolle spielen und ihr staatsgefährliches Verhalten nicht noch fortsetzen.

Abg. Dr. Herz (S.) begründet die sozialdemokratischen Anträge auf Offenlegung der Steuerlisten und die Einführung weiterer Sicherungsmaßnahmen für die jährliche Veranlagung. Ein Fortschritt sei schon bei dem Ausschuss beschlossene obliegende Pflicht, die in den Betrieben alle drei Jahre statutorische Prüfungen, die in den Betrieben alle drei Jahre stattfinden soll. Diese Prüfung sollte weiter ausgebaut werden. Der Redner wendet sich dann scharf gegen die Namensverschweigung der Betrücker, die zur Steuerabgabe aufgeforscht werden. Die Sozialdemokraten würden bei der dritten Lesung in einer Entscheidung die Namensnennung verlangen.

Staatssekretär Dr. Köpplig erwidert, die Namen der Betrücker seien schon durch die Presse genannt. Hier, wo über das zweckmäßige Verfahren beraten werden solle, habe die Namensnennung gar keinen Zweck.

Die Abg. Reubner (K.) und Dr. Korff (K.) verlangen die Offenlegung der Steuerlisten, einen Aufbaue der Buchführung und wesentlich härtere Strafen für Steuerhinterziehung und Kapitalflucht.

Es folgen nun die zurückgestellten Abstimmungen. Die Kapitalverkehrssteuer wird in der Ausschussfassung nach Ablehnung aller Abänderungsvorschläge angenommen. Zur

Berlin, 3. August. Die neue Reichstagswoche begann mit einer Dauerhitzung. Wieder hielten die Regierungsparteien ohne Ausnahme ihre Schweigeschlächter anrecht. Keiner von ihnen nahm im Laufe des Tages das Wort. Nur Staatssekretär Köpplig sah sich gezwungen, einmal kurz in die Debatte einzuarbeiten.

Der sozialdemokratische Abg. Dr. Herz verlangte die Offenlegung der Steuerlisten, damit allgemein die Richtigkeit der Steuererklärungen nachgeprüft werden können, und forderte ferner eine größere Unabhängigkeit des Buchprüfungsamtes. Die Regierung ließ durch Staatssekretär Köpplig beide Forderungen ablehnen. Die sozialdemokratischen Anträge verließen die Abstimmung. Angenommen wurde ein demokratischer Antrag, der den Steuerentscheid eine etwas größere Möglichkeit zur Kontrolle der Veranlagung gibt.

Bei der folgenden mehrstündigen Debatte über die Umsatzsteuer sprachen für die Sozialdemokratie Dr. Herz und Dr. Braun-Franken, der eine aussagekräftige Rede zu der Luxussteuer hielt. Für die Demokraten sprach wiederholt Dr. Fischer-Köln. Auch die Kommunisten und die Völkischen schloßen sich an und sprachen vor. Das Ergebnis der langen Aussprache war folgendes:

Der sozialdemokratische Antrag, die Umsatzsteuer auf 1 Prozent auf 1 Prozent zu erniedrigen, wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Regierungsvorschlag, die Umsatzsteuer auf 1,25 Prozent herabzusetzen, wurde angenommen. Auch der sozialdemokratische Antrag, die Lebensmittel von der Umsatzsteuer zu befreien, wurde von den Regierungsparteien niedergestimmt. Ferner verfiel der sozialdemokratische Antrag, die Genossenschaften von der Umsatzsteuer zu befreien, der Ablehnung und zwar stimmten alle Demokraten mit den Regierungsparteien gegen die Sozialdemokratie und Kommunisten. Für den sozialdemokratischen Antrag, die Handelsvertreter und freien Berufe von der Umsatzsteuer zu befreien, stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Zur Frage der Luxussteuer wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der eine Beinträchtigung hochwertiger Qualitätswaren und Besteuerung geringwertiger Gegenstände vermeiden will. Die Sozialdemokratie stimmte als allgemeinen finanzpolitischen Ermäßigungen für die Luxussteuer. Gegen die Luxussteuer erhoben sich nur Demokraten und Kommunisten. Die wichtigsten Entscheidungen zur Umsatzsteuer vollzogen sich in namentlicher Abstimmung. Dabei ergab es sich, daß die bürgerlichen Abgeordneten gegenüber der vorgeschlagenen Höhe stark abgenommen hatten. Es muß sich in den nächsten Tagen zeigen, ob das nur auf den Montag zurückzuführen ist, oder ob wirklich eine Flucht von den Regierungsparteien in die Sommerfrische eingetreten ist.

Am Nachmittag wurde in die Beratung der Biersteuer vorange eingetreten. Für die Sozialdemokratie sprach Simon-Schwaben, der darauf hinwies, daß vor allem die bayerischen Abgeordneten feierliche Versprechungen gegen eine Erhöhung der Biersteuer abgegeben hatten, und nun doch einer Erhöhung um 33 1/2 Prozent zustimmten. Die Steuer werde zwar erst am 1. April in Kraft treten, aber es werde eine doppelte Preisverhöhung für Bier eintreten, denn einmal wird schon in diesem Jahr mit der Behauptung der gesteigerten Produktionskosten eine Preisverhöhung eintreten und dann wird nächstes Jahr im April unter Hinweis auf die Steuererhöhung eine weitere Preissteigerung einsehen, die sich natürlich nicht auf den Betrag der Steuererhöhung allein beschränken wird. Gegen die Erhöhung der Biersteuer sprachen außerdem der Kommunist Buchmann, der Demokrat Dr. Fischer-Köln und der völkische Abgeordnete Henning. Die Regierungsparteien schwiegen.

Die Abstimmung über die Biersteuer wurde zunächst ausgesetzt und in der achten Abendstunde wurde die Beratung der Erhöhung der Tabaksteuer in Angriff genommen. Der sozialdemokratische Abg. Meier-Baden sprach gegen diese Erhöhung, und begründete unseren Standpunkt mit Veröffentlichungen der Reichsfinanzverwaltung, die es vor nicht langer Zeit dargestellt habe, daß derartige Erhöhungen untragbar seien. In ähnlichem Sinne sprach der Demokrat Büll.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Herx

75

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Erzählt und leuchtend lag er auf der Mole und starrte stumpfsinnig zu einer Brigg hinüber, die vor dem Dorf vor Anker gegangen war. Ein Boot kam hereingerudert — vielleicht mit einem Kranken, der absondelt werden sollte. Das erg mitgenommene Kreuzer des Schiffes erzählte, daß es auf der Winterreise ausgewiesen war in Eis und schwerer See. Die Fischer kamen aus den Hütten heraus und schleppten auf die Stelle zu, wo das Boot anlegen mußte. Alle Schulkinder kamen gezogen. Auf der Achterbank des Bootes saß ein älterer, weisergebrannter Mann mit einem Kranzbart. Er war in blauem Anzug; vor ihm stand eine Schiffskeule. „Das ist ja Bootsmann Olsen!“ hörte Pelle einen Fischer sagen. Dann lag der Mann an Land und reichte die Hand runderum. Die Fischer und die Schulkinder bildeten einen dichten Kreis um ihn.

Pelle schlug den Weg nach oben hinauf ein. Er schlich sich hinter Booten und Schuppen dahin. Sobald er von dem Schulhause abgedeckt war, jagte er in schnellem Lauf geradewegs über die Felsen auf Steinbof zu. Der Gram brannte bitter in seiner Kehle, die Schande veranlaßte ihn, einen arden Bogen um Häuser und Menschen zu machen. Das Paket, das er am Morgen nicht hatte abliefern können, war gleichsam ein offener Zeuge seiner Schande für alle. Er warf es während des Laufens in einer Mergelgrube.

In den Hof hinein wollte er nicht, er donnerte an die Aushüter des Stalles. „Kommt du schon nach Hause?“ rief Pelle erschreckt aus.

„Nu — nu is Madam Olsen ihr Mann wiedergekommen!“ rief Pelle und ging an dem Vater vorbei, ohne ihn anzusehen.

Rasse war es, als verspränge die ganze Welt und als dohrten die Splitter sich ihm ins Fleisch. Alles schlug ihm fehl. Er ging umher und starrte, griff alles verfehlt an. Sprechen konnte er nicht, alles in ihm stobte. Er hatte einen Strich in die Hand genommen und ging auf und nieder, hin und her und sah dabei in die Luft hinauf.

Da trat Pelle zu ihm heran. „Was willst du mit dem Strich?“ fragte er barsch.

Rasse ließ den Strich aus der Hand fallen und fing an zu jammern, so traurig und armelig war das Leben. Man verlor eine Feder und dann noch eine Feder. Schließlich stand man als Vogel ohne Federn im Dreck — alt und abgetan, ohne jede Hoffnung auf ein sorgenloses Alter.

So fuhr er fort, halblaut vor sich hinstammeln, und die Klage verschaffte ihm Linderung.

Pelle erwiderte nichts. Er dachte nur an den Schimpf und die Schande, die über sie gekommen waren, und fand keine Linderung.

Am nächsten Morgen nahm er sein Frühstück und ging wie gewöhnlich fort. Als er aber den halben Weg zurückgelegt hatte, verlor er sich unter einem Dornbusch. Dort lag er und grübelte sich und fror, bis zu der Zeit, wo die Schule aus war. Dann ging er nach Hause. Das wiederholte sich mehrere Tage. Dem Vater gegenüber war er stumm, fast feindselig. Rasse ging umher und jammerte, und Pelle hatte genug an seinem Eigensinn zu tragen. Sie wanderten jeder in seiner Welt, und da war keine Brücke zwischen ihnen. Keiner hatte dem andern ein gutes Wort zu sagen.

Aber eines Tages, als Pelle so nach Hause geschlichen kam, empfing ihn Rasse mit strahlender Miene und schlottenden Augen. „Was zum Teufel soll man trauern?“ sagte er mit verschmitztem Gesicht und wandte Pelle seine aminkenden Augen zu — zum erstenmal, seitdem die Anklagebotschaft gekommen war. „Hier sieh mal, was ich mir für eine neue Braut angeschafft habe — fühl sie, Junge!“ Rasse holte eine Flasche Brantwein aus der Streu und hielt sie ihm hin.

Pelle stieß sie wütend von sich.

„So, du bist großschnausig!“ rief Rasse. „Ja, ja, es würde eine Sünde und Schande sein, Gutes mit Bösem aufdrängen zu wollen.“ Er setzte die Flasche an den Mund und seigte hintenüber.

„Das läßt du jetzt sein!“ rief Pelle laut brüllend aus und packte ihn beim Arm, jedoch die Flüssigkeit umherprickte.

„So, hol!“ sagte Rasse verwundert und wischte sich mit dem Ballen der Hand ab. „Herrje, wie sie sappelt — ho, ho!“ Er umfaßte die Flasche mit beiden Händen und hielt sie tüchtig fest, als habe sie verflucht, sich ihm zu entziehen. „Also du bist obternasch, du?“ Da trat sein Blick Pelle. „Und du weinst, du! Hat dir jemand was zuleid getan? Weinst du denn nicht, daß dein Vater Rasse heißt — Rasse Karlssohn aus Kungstorpel? Du brauchst nicht bangen zu sein, denn Rasse, der is hier! Und er will schon die ganze weite Welt zur Verantwortung ziehen.“

Pelle sah, daß der Vater auf einmal ganz umnebelt wurde und zu Bett mußte, wenn nicht jemand kommen und ihn da an der Erde finden sollte. „Komm jetzt, Vater!“ bat er.

„Ja, nun will ich hingehn. Er soll mir Rechenschaft ablegen, und wenn er auch der alte Satan aus Smaland wäre — du müßt nicht weinen!“ Rasse wollte nach dem Hofe hinaus. Pelle verzerrte ihm den Weg: „Jetzt kommst du mit, Vater! Dir schuldete keiner Rechenschaft.“

„Also nicht — und du weinst doch! Aber er soll mir Rechenschaft für all die Jahre ablegen — dieser großschnausige Gutsbesitzer!“

Jetzt wurde Pelle bange. „Aber Vater!“ brüllte er, „ach, doch nicht dahin! Er wird wütend und jagt uns vom Hof herunter! Du bist ja betrunken, bedenk das doch!“

„Ja, betrunken bin ich!“ antwortete Rasse, „ich bin voll, aber nicht voll Bosheit.“ Er stand da und taktete herum, als wollte er den Haken an der Interieur losmachen.

Es war ja unecht, Hand an seinen eigenen Vater zu legen. Aber jetzt sah sich Pelle gezwungen, sich über alle Klüftigkeiten hinwegzusetzen. Er packte den Mann mit fester Hand beim Kragen. „Jetzt sollst du hierher kommen!“ sagte er und zog ihn mit sich nach der Kammer.

Rasse lachte und bißte und widersetzte sich. Er hatte sich fest — wo er nur konnte: an den Posten und an den Schwän-

zen der Kühe, während Pelle brüllend mit ihm abso. Pelle hatte ihn von hinten um den Leib gefaßt und trug ihn halb; in der Türöffnung blieben sie stehen. Der Alte stemmte seine beiden Hände dagegen. Pelle mußte ihn losreißen und ihn auf die Arme schlagen, so daß er fiel; dann endlich gelang es ihm, ihn ins Bett zu schleppen.

Rasse lachte während des ganzen Kinsens albern, als sei das Ganze nur ein Spiel, und machte Karrenrollen, wo er nur konnte. Ein paar mal versuchte er aufzustehen, wenn ihm Pelle den Rücken aufschrie — die Augen hatten sich verfröhren, aber es suchte hinterlistig um seinen Mund — er atmete einem angesetzten Jungen. Wütlich fiel er hintenüber und schnarchte laut.

Am nächsten Tage hatte die Schule frei und Pelle brauchte sich nicht zu verstecken. Rasse schämte sich und ging demütig umher. Er hatte eine ganz deutliche Vorstellung von dem, was am vorhergehenden Tage vorgefallen war; denn auf einmal kam er hin und berührte Pelles Arm. „Du bist wie Noabs guter Sohn, der die Schande seines Vaters aufdeckte!“ sagte er; „aber Rasse is ein Schwein. Es is nu aber auch ein harter Küchschlaas für mich gemein, das fannst du mir glauben! Aber ich weiß ja recht gut, daß es nicht nützen kann, daß man sich von Sinnen und Verstand trinkt; der Kummer is schlecht begraben, der mit Brantwein beschwört werden muß. Was in Schnee verborgen wird, kommt bei Tauwetter wieder zum Vorschein, wie das Sprichwort sagt.“

Pelle erwiderte nichts.

„Wie lassen die Leute es eigentlich auf?“ fragte Rasse vorsichtig. Er war nun so weit gekommen, daß er Gedanken für das Beschämende bei der Sache hatte. „Hier auf dem Hof, glaubst du, is es noch nicht rufbar geworden, aber was sagen sie sonst dazu?“

„Was weiß ich das!“ entgegnete Pelle mürrisch. „Glaubst du, du bist nicht schädi?“

„Glaubst du, du bist nicht schädi?“ Pelle war wieder nahe daran zu weinen.

„Denn hast du dich also rumgetrieben und deinem Vater eingeblödet, daß du in die Schule gingst? Das war unrecht von dir. Aber ich darf wohl nicht mit dir ins Gericht gehen, so viel Schande, wie ich deinem erliebenden Sinn bereitet hab! Und wenn du nu unerschudelt in Angelegenheiten kommst, weil du die Schule geschwänzt hast? — Das eine Ungeud hat das andere an der Hand, und Böses vermerdet sich wie die Rufe im Pelzwerk. Wir müssen uns in acht nehmen, was wir tun, wir beide — damit es uns nicht weht.“

(Fortsetzung folgt.)

Viel Tränen müssen die Frauen und Kinder noch weinen . . .

Immer in diesen Tagen, Da die flammenden Wagen flutenden Lichts Himmels hoch jauchzen, Und die Erder jähren Und knirschend das dorrende Laub hat im glühenden Winde bewegt, Da nur die Kühe des Abends das Lied munterer Vögel hervorlockt

Tropfen die Tränen weinender Frauer Schwerer auf dürstendes Land, Dunkel wird die Gebirge der Wägen, Bitterer die Klage einlamer Trüben, Drohend die Frage der Kinder nach dem gemordeten Vater.

Und die endlosen Kreuze auf den Feldern in Frankreich, In Rußland, Galizien, Spanien, Selbst im Sande der fernsten Türkei Reden die hölzernen Arme gegen den Himmel, Der Blut tropft.

Rotes rinnendes Blut, Aus dem Herzen der Menschheit gegen den Himmel sich stellt. Und, da es zurücksprang Das Auge der Menschen undunkelt, Das ihnen die weite Welt, die Fülle der Farben, Die jauchzende Luft entseelter Herzen Nur Blut schien.

Das Blut ihre Sehnsucht, Blut ihr Bestehen wurde. Viel Tränen müssen die Frauen und Kinder noch weinen Klar und befreit von den Schleiern des Todes Der herrlichen Welt und des blühenden Menschen sich freut.

Aber einmal ist auch dies Werk getan. Einmal endet der Strom aller Tränen Und Aus dem Blute geboren Recht sich, In Tränen bebend, rein und frei der kraftvolle Mann, Um im Arme der siebenden Frau Zu zeugen ein neues Geschlecht Dem nicht Armut und Krieg, Empörung und Haß den Himmel verhäßt; Denn im Garten des Lebens Wird ihm Liebe, Armut und Schönheit In reinere Dichte des Friedens erblihen.

Erich Grisar.

Der nächste Krieg

Chloracetophenol, Dinitrobenzochloroform und Dichloroäthylsulfid werden in einem künftigen Kriege ebenso populär sein wie „Schlammgraben“, „U-Boote“, „Dide Verta“ und „Kobalt“ im Weltkrieg. Für die augenbrecherischen Gemischten werden die Abführungen in wenigen Tagen aufzulaufen. In der „Vossischen Zeitung“ wird ein Bild beschilbert, das nichts von Jules Verne'schen Motoren an sich hat: In den Straßen Berlins verstreut sich bei schönem, strahlendem Frühlingswetter ein Geruch wie Weißbrot. Das dauert einige Minuten lang. Danach wird die Luft erstickend. Wenn es nicht gelingt, aus ihrem Bereich zu entkommen, der wird in wenigen weiteren Minuten nichts mehr erkennen können, sein Gesicht, momentan, verlieren. Und glückt ihm weiterhin keine Flucht oder nimmt ihn kein Abtransport auf, so muß er ersticken. Das alles kann eines Ta-

ges eintreten, ohne daß in der Luft irgendein Flugzeug sichtbar, das Sirren irgendeines Propellers vernehmbar wäre. Bei unbedeutend klarem Himmel und lebender Sonne. Aber unsichtbar und unhörbar, 5000 Meter hoch, steht ein Fluggeschwader, das Chloracetophenol herabzuwerfen läßt. Zehnengas, das „humanitäre“ der neuen Mittel, das in den Gasangriffen des letzten Krieges bereits eine Rolle gespielt hat.

Wie leben jene Gittale aus, deren Gebrauch die Verabschiedung aller menschlichen Regungen voraussetzt? Bis heute kann wir 17; unter ihnen sind das Senigas und das Weißgas die wichtigsten. Gegen beide geben Gas masken keinen Schutz. Senigas trift das Fleisch und führt da, wo es nicht unmittelbar tödlich wirkt, Verbrennungen herbei, deren Behandlung drei Monate beansprucht. In den Regionen, die unter einem Senigasangriff jemals gelegen haben, kann noch nach Monaten jeder Schritt auf dem Erdboden, jede Türschwelle und jedes Brotmesser den Tod bringen. Senigas macht wie viele andere giftige Gase alle Lebensstellen ungesund und verdirbt das Wasser. Die Strategen stellen sich die Verwendung dieses Mittels so vor: Gewisse taktisch wichtige Bezirke sind mit Wasser umgeben. Innerhalb dieser Wälle geht alles vorüber, durch sie kann nichts eindringen. So lassen sich Häuser, Städte, Landschaften derart präparieren, daß monatelang weder animalisches noch pflanzliches Leben in ihnen aufkommen kann. Es erübrigt sich, zu bemerken, daß die Unterscheidung zwischen ziviler und kampfaktiver Bevölkerung im Gaskrieg wegfällt. Das „Weißgas“ ist ein Arsenalkal, dringt sofort ins Blut, tötet unweidlich, blikartig alles Getriebene. Monatelang sind alle von schweren Gasangriffen betroffenen Bezirke durch Leiden verpestet. Schuss gibt es in solchen Gebieten natürlich nicht; Keller und Unterstände, die vor Explosionsbomben allenfalls schützen, bringen bei Gasangriffen den sicheren Tod, weil das schwere Gas in die Tiefe sinkt.

Überall laufen noch Leute herum, die einen neuen Krieg predigen und Befehl finden. . . .

Kunst und Wissenschaft

Badischer Kunstverein

Der Badische Kunstverein hat diesmal zwei Münchener importiert und damit zwei extreme Richtungen einander gegenübergestellt, zwei Pole, über die sich schwer ein Bogen spannen läßt. Prof. Lang ist wertvolle alte Schule und Jung hat sich mit Haut und Haaren der letzten Richtung verschrieben, die er sogar noch überholen will. Langes Lebenswerk zeigt ein festes Fortschrittswollen, man spürt aus den Arbeiten heraus, wie des Künstlers Empfinden neuen Bestrebungen gegenüber nicht unempfindlich blieb. Aber dennoch hielt er an den Grundlinien fest, die ihm seine Kunst eingab. Jung ist koloristisch, Naturforscher in seinem manichal monumental aufbauenden Bildern, seine Fantasie ist genau so glühend, wie die „atonale“ Farbenpalette, deren er sich zum Ausdruck seiner aus Leidenschaft geborenen Impressionen bedient. Kleinere Arbeiten beruhen ein gutes Können. Sinnverwirrend wirken die Arbeiten, die gleichsam aus der Vogel- oder Flugzeugperspektive festgehalten wurden.

Sich hat eine Kollektion im Kunsthaus Sebald ausgestellt. Seine Kunst ist vorberhand noch unvollständiger Art. Die Blumenstücke sind mit ganz feiner, lieblicher Hand gezeichnet, mit feinsten weichen Tönen, der Glasfald auf den Stoffflächen in ein Meißerstück, das das hervorragende handwerkliche Können am besten dokumentiert. In seinen Landschaften (Tannen — Regentag im Schwarzwald) hebt der Künstler auf farbige Konzentration ab, schwer aus dem Linienführung farbige kontrastierende Flächen aneinander, die sich wohl rubig verbinden, aber doch nicht immer eine Gesehlossenheit aufkommen lassen. Sichs beherzigt die Farbwerke, er baut mit ihnen auch in seinem Rahmen monumental auf. Seine Arbeiten wirken immer ionig. D. E.

Bücherschau

Heuut, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. B. S. Sena. Mit jedem neuen Heft erschließt sie weitere Wissensgebiete. Alle Mitarbeiter sind mirlich befreit, ihr Wesen zu bieten. Im soziologischen Teil des vorliegenden Monatsheftes (Heft 11) stellt besonders in Bericht Dr. Feuer ein s. Sanitär-Untersuchungsarbeit in Sowjetrußland und ein Beitrag Bevölkerungsstatistik aus Frankreich von Dr. Hobann. Im naturwissenschaftlichen Teil schildert Prof. Dr. Kitz unter der Ueberschrift „Meeresstrand im Binnenland“ die Salzpfannen. Prof. Dr. Baage gibt im „Drang der Tiere zum Licht“ einen wichtigen Beitrag zur Tierpsychologie. Ernst M. A. B. A. G. schildert das Zustandekommen der neuen Rekonstruktion des Wandertales für das Naturhistorische Institut in Wien, Oswald Schill vom Mikrobiologischen Institut in Wien die Kinetomatographie des Insektenbären auf Grund eigener praktischer Erfahrungen. Dr. Hans Goffen gibt einen Uebersicht über die Wänschelrutenforschung. Hermann W. E. n. d. l. berichtet im „Sozialen Wandern“ über die Stammeserfassung der Malisjorn. Das Weidblatt „Der Leib“ enthält außer wertvollen Bildern einen Aufsatz Dr. S. A. E. L. über die „Entstehung des Krebses“. Es bedarf kaum eines Hinweises, daß dieser wertvolle Inhalt, den kürzeren Notizen und eine Reihe Fragestellungen, in einer für jedermann verständlichen Weise dargeboten wird. — Die „Urania“ ist eine sachliche Wissensquelle für fortschrittlich gekommene Menschen, interessant und vielseitig, dabei wirklich billig, daher jedermann zugänglich. Die „Urania“ leistet wirkliche Volksbildungsarbeit und ist so recht geeignet, aus dem Chaos der heutigen Zeit emporzuheben zu höheren Interessen, einem Einsamen und der Gesamtheit zum Vorteil, denn „Wissen ist Macht!“

Die Frauenwelt. Das erste Heft (Nr. 16) ist dem Sport und der Körperpflege gewidmet. Das vorzüglich ausgestattete Titelbild von Prof. Belsen, Berlin zeigt uns eine Ballettporträtin beim „Schraubenrennen“, ein Triumph harmonischer Durchbildung von Körper und Wille, wie sie der Sport zu geben vermag. Fris Bildung, der bekannte Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege, behandelt in einem ausgezeichneten, illustrierten Aufsatz das Problem „Frau und Sport“. Ernst Kraft eröffnete Ausblicke auf die künftige Entwicklung des Sports und Friedel Schneider erzählt vom Luft- und Sonnenbad. Auch der Unterhaltungsseil hat wieder seinen gebührenden Platz gefunden und die Modenschau ist diesmal auf Sport und Wanderrung eingestellt. Die „Frauenwelt“ erscheint monatlich. Jedes Heft kostet 30 Pf. (mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr). Sie muß die bürgerlichen Frauenzeitschriften dem Arbeiterhaushalt verdrängen.



Dem Reichsjugendtag zum Gruß!

Auf, zum Reichsjugendtag!

Das am Tag wird die wirtschaftliche Lage des Proletariats verschlechtert. Aller Kraft wird es in den kommenden Wochen bedürfen, das schlimmste Unheil abzumenden. Auch die Jugend wird hineingezogen in den Strudel des Elends, den Gemütsnot und Habgier mancher Kreise verursachen. Ein überwältigender Protest muß daher der Aufmarsch der sozialistischen Jugend in Hamburg werden, ein leuchtendes Zeichen zugleich für die ganze Arbeiterbewegung, daß uns auch schlimme Tage nicht niederzudrücken vermögen. Kampf soll auch diesmal wieder alle Kräfte zusammenfassen und beleben!

Wir wollen kein feines, kein halbes Geschlecht!
Kein tröstendes Wort uns zum Hohne,
Wir fordern für jeden sein heiliges Recht
Und wollen, daß Arbeit man lobne!

Im wirtschaftlichen Kampf aber tritt die Erziehung, alles auszuwerten, was wir uns erobern. Menschenwürdige Löhne, bessere Arbeitsverhältnisse, Ferien für Jugendliche und Erwachsene sollen festlich keinem anderen Ziele dienen, als auch die arbeitenden Schichten zu Freiheit und wahrer Lebensfreude kommen zu lassen, sie zu befreien von der zermürbenden Sorge um den nächsten Tag, ihrem Jünglings die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, wie denen, die in reichen Häusern zur Welt kommen. Die Welt und ihre heutige Ordnung sollen sozialistischen Geistes werden.

Alles für die Schaffenden! Alles für unsere Jugend!
Wie die Arbeiterjugend auf zahlreichen Gebieten befreit ist, einer Umgestaltung unseres gesamten Lebens näher zu kommen, werden die vielen Veranstaltungen des Reichsjugendtages zeigen.

Durch wirtschaftliche Befreiung zu geistiger Klarheit und kulturellem Aufstieg! Das ist der Sinn und die Lehre des Hamburger Jugendtages.

Wer möchte zu Hause bleiben, wo es so großes zu erleben ist! Seit langem hören unsere Väterchen und Mütterchen von Genossen und Genossinnen! Seht und fördert unser Wert an allen Orten abends.

Wenn die jungen begeisterten Kämpfer vom Jugendtag zurückkehren, wird der Erfolg ein großer sein und der Gesamtbewegung als belebender Aufschwung zu kommen.

Wagt keinen Tag ungenutzt!
Auf zum Reichsjugendtag!

Sozialdemokratie und Jugend Zum Hamburger Jugendtag

Von E. Ollenauer.

Am 8. und 9. August versammelt sich in Hamburg, der freien Handelsstadt und alten Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung, die Sozialistische Arbeiterjugend zu ihrem vierten Reichsjugendtag. Einige Zehntausend Jugendliche aus allen Teilen der Republik und mehrere hundert Gäste aus den Brüderräumen des Auslandes werden sich in Hamburg versammeln zu Kundgebungen, Vorträgen und Jugendbällen und alle diese Veranstaltungen werden ausfließen in ein Bewußtsein zu den Ideen des Sozialismus.

Die deutsche sozialistische Arbeiterjugend nimmt an dieser bedeutenden Tagung mit denselben Gefühlen und Empfindungen inneren Anteil, mit denen Eltern die Entwicklung ihres Kindes beobachtet; denn die nach Hamburg eilende Jugend kommt aus dem grauen Schloß proletarischen Daseins, ist Fleisch und Blut vom Fleisch und Blut der Arbeiterjugend, nicht nur infolge ihrer sozialen Stellung, sondern durch die Geburt. Doch neben diesen natürlichen und rein menschlichen Beziehungen gibt es zwischen der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Sozialdemokratie nicht minder wichtige politische Bindungen, die gerade im Angesicht des Jugendtages besonders deutlich hervortreten. Der Hamburger Jugendtag ist eine solche Verbindung an die Sozialdemokratie, sich immer dessen bewußt zu sein, daß ihr aus der sozialen Lage der arbeitenden Jugend eine große Verantwortung erwächst, die Verpflichtung, nicht eher zu rasten und zu ruhen, bis die Lebensbedingungen der jungen Generation der Arbeiterjugend durch gesetzliche Maßnahmen soweit gebessert sind, daß die körperliche und geistige Entwicklung dieser Jugend in den entscheidenden Reisejahren nicht mehr behindert wird durch unzureichende Arbeitsbedingungen.

Gerade in diesen Monaten steht die Sorge um die Gesundheit der werktätigen Jugend als brennendes Tagesproblem im Mittelpunkt der Bemühungen erster Jugendführer um die körperliche und geistige Erleichterung der Jugend. Arbeitslosigkeit, überlange Arbeitszeit, färsliche Entlohnung und das fast ständige Fehlen eines noch so bescheidenen Erholungsurlaubes in Verbindung mit der Wohnungsnot und der materiellen Benachteiligung des ganzen arbeitenden Volkes gefährden die Gesundheit unserer Jugend in einer geradezu beängstigenden Weise. Wie groß die Gefahr ist, zeigt am besten die Tatsache, daß heute die Jugendführer aller Richtungen und Weltanschauungen sich zusammengesunden haben in der einmütigen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und gesetzlicher Sicherstellung eines ausreichenden Erholungsurlaubes.

Der Hamburger Jugendtag bildet einen Höhepunkt in der Kampfkraft dieses Jahres von der Führung der sozialistischen Jugendverbände eingeleitet. Aktion für die gesetzliche Sicherstellung des Achtstundentages, die gesetzliche Einführung eines gesetzlich festgesetzten Urlaubs für die Jugend im Alter von 14 bis 18 Jahren, und für die Reform der Berufsausbildung. In Hamburg werden sich die Vertreter der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Jugendsektionen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die zwei Tage vor dem Jugendtag

eine Reichskonferenz in Hamburg abhalten, zu einer Kundgebung vereinigen, in der diese lebenswichtigen Jugendforderungen den Vertretern der Partei- und Gewerkschaftsöffentlichkeit nochmals unterbreitet werden. Es ist kein Zweifel, der Sozialdemokratie erwächst hier eine heilige Verpflichtung. Sie war stets die Sachwalterin der Rechte der Schwachen und Leidenden, sie muß der Jugend helfen, und sie muß in diesem Fall alles tun, um schnell zu helfen. Die in Hamburg versammelte Jugend muß von dort das Bewußtsein mitnehmen, daß sie auf diese Hilfe rechnen kann.

Und dieser Dienst ist wert erfüllt zu werden, denn hier geht es um das Wohl des deutschen Volkes von morgen, hier geht es aber auch um die Zukunft der Sozialdemokratie. Hamburg wird erneut beweisen, was die sozialistische Jugend für die Sozialdemokratie, für die sozialistische Gesamtbewegung bedeutet. Sie ist wahrlich nicht nur eine lästige Wabnerin, die den Alten ständig mit ihren eigenen Werten in den Ohren liegt: sie ist mindestens in gleichem Maße eine Hoffnung. Wie die bisherigen Jugendtage in Weimar, Bielefeld und Nürnberg, wird Hamburg wiederum erkennen lassen, daß in dieser Jugend der ernste Wille lebt, zu einer sicheren geistigen Fundierung ihrer sozialistischen Weltanschauung zu kommen, und daß in der deutschen arbeitenden Jugend trotz der natürlichen Freude am jugendlich-frohen Leben ein gesundes Empfinden für die politischen Notwendigkeiten unserer Zeit rege ist. Diese Jugend hat klar die Bedeutung des Kampfes der Arbeiterjugend um die Ausgestaltung der demokratischen Republik und die Notwendigkeit ihrer tätigen Mitarbeit an der Lösung dieser Aufgabe erkannt, und die Art ihres erwachten sozialpolitischen Kampfes zeigt weiter, daß sie weit entfernt ist von dem Fehler, in den begeisterte oder sozial bedrückte Jugend allzu leicht verfällt, ihre Begeisterung oder ihren Oppositionsdrang unzulänglich in unfruchtbaren Wortabwälschen.

Bösartige Menschen könnten diese Botschaft „unjugendlich“ nennen und als ein Zeichen beginnender Versterbensentwicklung der Bewegung beuten, wenn diese Hoffnung der Arbeiterjugend ihre tiefsten Wurzeln nicht in der hoffnungsvollen eigenen kulturellen Lebensart dieser Jugend hätte. Es kann heute ohne Versehenheit und Ueberheblichkeit behauptet werden, daß in der sozialistischen Jugendbewegung lebensfähige Ansätze eines sozialistischen Kulturlebens sichtbar werden, die für die zukünftige Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung von erheblicher Bedeutung werden dürften. Inmitten der Wirrnisse der Nachkriegszeit hat sich in der sozialistischen Jugendbewegung eine geistige und sittliche Haltung entwickelt, die zum Erkennen in der proletarischen Bewegung das Wort vom Adel des arbeitenden Menschen ins lebendige Bewußtsein der Masse der Mitgliebschaft treten läßt.

Noch läßt sich das Ende dieser Entwicklung nicht absehen — ein halbes Jahrzehnt reicht nicht aus, um Endultimes zu formen —, aber das eine darf schon jetzt gesagt werden, daß uns bei diesem Stand der sozialistischen Jugendbewegung um das Schicksal des Sozialismus in der Zukunft nicht bange zu sein braucht. Alle Sozialdemokraten, die sich über den Alttagssorgen unserer Zeit noch das Interesse für die Lösung der großen Zukunftsprobleme der Arbeiterbewegung nach erhalten haben, dürfen den Hamburger Jugendtag begrüßen als einen hoffnungsvollen Ausblick. Die Jugend von heute wird die Arbeiterklasse von morgen mit dem Glauben und der Schaffensfreudigkeit erfüllen, die notwendig sind, um die demokratische Republik auszugestalten zum sozialistischen Gemeinwesen, um das geistige und kulturelle Leben unseres Volkes bestimmend zu beeinflussen im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung.

Förderung der Jugend als politische Aufgabe

„Die älteren Genossen seien der Jugendbewegung in den meisten Orten wenig oder gar kein Interesse.“
(Aus einem Geschäftsbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei ist keine Partei, die ein paar Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse vertritt. Ihre Aufgaben sind größer und weit in die Zukunft reichend. Das Ziel der Sozialdemokratie ist der Sozialismus, d. h. sie will eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreichen. Für dieses Ziel hat schon manche Generation der Arbeiterklasse gekämpft und kein noch so großer Optimist wird bestreiten, daß noch manche neue Generation für dieses Ziel kämpfen müssen. Daraus ergibt sich, daß die Sozialdemokratie nicht nur gegenwärtig große Kämpferaufgaben braucht, sondern auch über die Gegenwart hinaus für die Zukunft sorgen muß. Sie muß darauf acht geben, daß immer wieder neue, frische Streiter vorhanden sind, wenn die Alten vom Kampfplatz abtreten.

Dies ist der erste Grund dafür, daß die Sozialdemokratie um ihres großen Zieles willen sich um die Jugend bemühen muß. Der zweite Grund liegt in der Tatsache, daß die sozialistische Arbeiterbewegung ja im Laufe der Jahrzehnte Fortschritte errungen hat. Während früher die in ihr heranreifenden Kräfte fast vollkommen im Aufbau und der Führung der eigenen Organisationen aufgeben mußten und konnten, ist heute erforderlich in vielerlei öffentliche Körperschaften und andere Einrichtungen Vertreter, Mitarbeiter, zu senden. Nicht nur für die eigenen Organisationen (deren Verwaltung und Führung zudem infolge ihrer riesigen Entwicklung gesteigertes Können erfordert), sondern auch für die Gemeindevertretungen, Magisträte, Betriebsräte, Elternräte, als Beamte für die öffentlichen Verwaltungen, Arbeitsämter, Wohlfahrtseinrichtungen u. a. m. müssen heute Sozialdemokraten gestellt werden. Und zwar Tausende und Abertausende, die alle tüchtige Leute, satzteste Sozialdemokraten sein müssen. Sie müssen da sein, wenn die Erfolge der sozialistischen Bewegung ausgenutzt und,

auf ihnen fußend, neue Siege erstritten werden sollen. Es darf nie vergessen werden: Jede Generation der Arbeiterbewegung ist vorgebungen, hat neue Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben errungen und damit die nachfolgende Generation vor neue, größere Aufgaben gestellt. Das heißt, daß das Können der Arbeiterklasse mit ihrer wachsenden Macht mindestens gleichmäßig wachsen muß. Die nachwachsenden Generationen müssen dementsprechend beachtet werden; in jeder neuen Generation muß die Arbeiterbewegung über ihr bisheriges Können hinaus und breiter wachsen.

Wenn die sozialistischen Arbeiterorganisationen dafür nicht selbst sorgen — andere tun es gewiß nicht. Im Gegenteil, mit welcher Kraftaufwendung sucht das antisozialistische Bürgertum die Jugend unter seinen Einfluß zu bringen. Wie schwach sind unsere sozialistischen Jugendorganisationen noch gegenüber den bürgerlichen. Allein in den kirchlichen Jugendverbänden fließen fast fünfzehnfach mehr Jugendlöhne; wer zweifelt daran, daß das Gros davon arbeitende Jugend ist? Diese Stärke ist gewiß zu erklären, denn die Kirche verfügt über tausende Angestellte, die sie zur Jugendarbeit verpflichtet. Und wieviel tausend von Lehrern gibt es, die aus eigenem Antrieb Herz und Sinn der Jugend immer wieder in die Veranlagtheit lenken, der Reaktion dienlich sind, anstatt die Jugend zu entflammen für eine aus neuen und besseren Idealen gestaltete Zukunft? Aber wenn auch erklärlich, wie dürfen wir uns mit dieser Tatsache nicht abfinden! Sie muß uns anspornen, mit all unseren Kräften dieses Verhältnis zu ändern. Auch die Sozialdemokratie verfügt über tausende Mitarbeiter, die zwar nach des Tages Last und Mühe ehrenamtlich für die Bewegung schaffen und stark belastet sind, aber dennoch, es muß auch noch geschafft werden, daß eine regere Unterstützung der Jugendarbeit eintritt. Das Interesse der Partei und, was damit ohne weiteres gleichbedeutend ist, der Sozialismus fordert es gebieterisch.

Noch aus einem dritten und eigentlich nicht zuletzt zu nennenden Grunde müssen die Sozialdemokraten sich um die Jugend eifrig bemühen. Der Sozialismus wird nicht nur in einer Reihe von Einrichtungen bestehen, rein organisatorischen Dingen, er fordert auch allerlei vom Menschen. Eine neue Lebenshaltung, die durchdrungen ist von Gemeinschaftsgeist, Verantwortung für alle Mitmenschen, die frei ist von allen Lasten der Unterdrückten, wie Ferdinand Lassalle ausspricht. Also nicht nur Umgestaltung von Einrichtungen, auch die Umgestaltung des Menschen ist Aufgabe des Sozialisten. Erziehungsarbeit, auf dieses Ziel ausgerichtet, ist nicht weniger wichtig als politischer und wirtschaftlicher Kampfdienst.

Wenn dies alles war ist (und wer wollte es bestreiten?), und wenn weiter noch gesagt werden muß, daß die Sozialdemokratie und nur sie allein Schutz und Schirm der arbeitenden Jugend und deren Erbschein aus ihrer wirtschaftlichen Not sein kann, ist es dann zuviel verlangt, wenn gefordert wird, daß Meldungen wie die oben als Motto angeführte, in Berichten von Arbeiterorganisationen nicht mehr vorkommen dürfen? In Zukunft muß das Können der sozialistischen Jugendorganisation von allen älteren Genossen und Genossinnen, die irgendwie dazu in der Lage sind, eifrig gefördert werden. Es gibt vielerlei Möglichkeiten, das zu tun. Auch der kleinste Hilfsdienst ist von Wert.

Jugendbewegung

Hamburger Jugendtag und Karlsruher Arbeiterjugend. 51 Mitglieder der Karlsruher Arbeiterjugend werden am Internationalen Jugendtag in Hamburg teilnehmen. Diese Zahl zu erreichen war nur möglich durch die tatkräftigste Unterstützung seitens der Gewerkschaften. Eine ganze Reihe von Gewerkschaften, denen unsere diesbezügliche Anschrift ausging, antwortete unverzüglich mit einer Geldspende. Andere aber ließen gar nichts von sich hören. Wir sind uns infolgedessen im unklaren darüber, ob noch hier oder dort gedehrbare Gönner vorhanden sind, die durch ihr Scherlein einem armen Lehrling die Fahrt nach Hamburg ermöglichen wollen. Demen sei gesagt, daß noch immer recht gern auch die kleinste Spende angenommen wird bei Gen. Ollenauer, Vorstraße 20 V. — Allen aber, die durch ihre Hilfe ihr Interesse für das Gelingen des Hamburger Jugendtages, der gerade für die Gewerkschaften von überragender Bedeutung ist, bezeugen wollen, sei herzlich gedankt.

Veranstaltungen der Arbeiterjugend

Arbeiterjugend Groh-Karlsruhe. Wochenprogramme der einzelnen Gruppen können während der Dauer der Ferien nicht bekanntgegeben werden, da uns die Schulbetriebe nicht zugänglich sind. Der Ortsverein trifft deshalb eine Reihe von Sonderveranstaltungen, die wir rechtzeitig an dieser Stelle bekanntmachen werden. Am kommenden Donnerstag, dem Vortag der Abfahrt nach Hamburg, findet abends 8 Uhr noch ein kurzer Appell der Jugendtagsteilnehmer im Jugendheim statt. Am Freitag, abends 7.30 Uhr, mögen sich die dabeiheimgebliebenen Sangeslustigen im Jugendheim versammeln. — Am Sonntag nachmittag und abends ist das Waldbeim geöffnet. — Heute abend, 8 Uhr, Zusammenkunft aller Hamburgfahrer im Jugendheim.

Durlach. Gruppe 1 und 2. Dienstag: Mitgliebserversammlung. Mittwoch: Körperübungen. Donnerstag: Abfahrt nach Hamburg. Treffpunkt förmlicher Hamburgfahrer um 6 Uhr am Schloßgarten. Gemeinsamer Abmarsch nach dem Bahnhof.

Durlach-Aue. Mittwoch, 5. Aug.: Sozialeabend, Anfangs punkt 8 1/2 Uhr.

Ettlingen. Mittwoch, 5. August: Musikstunde. Freitag: Reigenabend. Montag: Gedichtabend.

Kallat. Mittwoch, 5. August: Mädchenabend im Heim. Donnerstag, 6. August: Vesperabend im Heim. Pünktlich um 8 Uhr. Sonntag, 9. August: Nachmittagspausiergang.

Arbeiterfähigen und Olympiade

Die erste Internationale Arbeiterolympiade ist vorbei. Bei allen Teilnehmern wird der ungeheure Eindruck, den die ganze Veranstaltung auf sie gemacht hat, ewig haften bleiben. Aber nicht nur die Teilnehmer, sondern auch das Bürgerium und mit ihm die bürgerlichen Sportler werden sich nicht so leicht von dem Großen dieses internationalen Treffens, das auf sie eingeprägt ist, frei machen können. Ganz besonders dann, wenn sie überlegend die Größe der Arbeiterfähigenbewegung, von deren Existenz die meisten keine Ahnung hatten. Es ist dies auch nicht weiter verwunderlich, ist doch die Arbeiterfähigenbewegung auch noch verhältnismäßig jung und war es doch das erste Mal, daß sich die Arbeiterfähigen in solcher Anzahl der Öffentlichkeit zeigten. Schrieb doch die „Frankfurter Volksstimme“, daß über 500 Schützen sich an dem Schießen beteiligten. Wenn man dabei berücksichtigt, daß um die Bundesmeisterschaft nur je eine Mannschaft von 6 Mann aus jedem Bezirk sich bewerben konnte, so kann man sich ungefähr ein Bild von der Ausdehnung des Arbeiterfähigenbundes machen.

Dieses erste große Auftreten in der Öffentlichkeit machte den denkbar günstigsten Eindruck auf die Zuschauer. Angesichts der Burde, des Jubels und der Blumen, die die Arbeiterfähigen während des Festzuges erleben durften, darf ruhig von einer begeisterten Aufnahme der Arbeiterfähigen gesprochen werden. Es muß auch ohne weiteres zugegeben werden, daß die Schützen in ihrer schmutzigen Kleidung ein schönes Bild abgaben. Außerdem hatten aber auch die Arbeiterfähigen durch ihr Benehmen bewiesen, daß sie sich der hohen Aufgabe der Arbeiterportbewegung bewußt sind und mit den Gemahnen der bürgerlichen Schützenbildern gründlich gebrochen haben. Der Arbeiterfähigenport läßt sich gut mit den Ideen des Arbeiterports überhaupt vereinigen. Früher war der Schießsport in seiner Auswirkung ausschließlich dem Militarismus dienlich. Das hat sich heute geändert. Nicht etwa deshalb, weil wir kein Militär mehr in dem Sinne wie früher haben, sondern, weil das Gewehr keine Bedeutung als Waffe für den Kriegsfall durch den Fortschritt der modernen Kriegsmittel vollständig verloren hat. Des weiteren steht fest, daß der Schießsport auch in gesundheitlicher Hinsicht einen günstigen Einfluß ausübt. Stärkung der Sehkraft, der Nerven und dann sei aber ganz besonders noch auf den erzieherischen Wert speziell für die Jugendlichen hinzuweisen. Kein Sport erfordert mehr Disziplin, Übung und Ausdauer wie der Schießsport. Der Arbeiterfähigenport verdient also die gleiche Unterstützung wie alle anderen Sportarten, denn auch er ist ein Mittel, dem Bürgerium eine Waffe, von der sie bis vor wenigen Jahren alleinbesitzer war, zu entreißen.

Handball

Deutsche Polzeimeisterschaften im Handball. Nachdem aus der Vor- und Zwischenrunde der Pol. Sportverein Berlin und der Pol. Sportverein Hamburg hervorgegangen sind, findet am kommenden Sonntag, 9. August, nachmittags das Entschei-

dungsspiel um die deutsche Polzeimeisterschaft im Handball im Hahnriedstadion in Karlsruhe statt. Die beiden genannten Vereine haben zur Zeit nicht nur die besten Handballmannschaften der Polizei, sondern stellen auch die besten Handballmannschaften der D.S.B. dar und standen sich am Sonntag, 6. Juli im Endkampf um die deutsche Handballmeisterschaft der D.S.B. gegenüber. Damals konnte Berlin das Spiel gewinnen, nachdem es bereits dreimal hintereinander die deutsche Meisterschaft befehlen hat. Die Hamburger Mannschaft ist ebenfalls mehrmaliger norddeutscher Meister gewesen und stellt Berlin eine ziemlich ausgeglichene Mannschaft gegenüber, jedoch der Ausdauer des Pol. Meisterschaftsspiels ein vollkommen offener ist. Man darf jedenfalls auf spannende und interessante Kämpfe gefaßt sein und kann jedem Freund und Anhänger des Handballsportes der Besuch empfohlen werden.

Naturfreunde

Bezirkskonferenz der mittelbadischen Naturfreunde in Moosbrunn

Die am vergangenen Sonntag in Moosbrunn abgehaltene Bezirkskonferenz der mittelbadischen Naturfreunde hatte leider unter der schlechten Witterung sehr zu leiden, obwohl die eifrigen Ortsgruppen nicht fehlten. Es wäre aber dringend erforderlich, daß bei diesen Anlässen sämtliche Ortsgruppen vertreten sind, denn jede einzelne Gruppe empfangt hierbei Anregungen und Wünsche zur weiteren Arbeit. Es wurde lebhaft bedauert, daß einzelne Ortsgruppen der Witterung wegen durch Abwesenheit ausblieben. Die Beratungen selbst nahmen einen sehr guten Verlauf. Aus dem Bezirksbereich ist zu entnehmen, daß im letzten Vierteljahr in Oberkirch und in Bühl neue Ortsgruppen gegründet wurden, die Bezirkskonferenz hat überall befruchtet, für den Winter ist eine größere Bildungsarbeit vorgesehen. Die Arbeit der Jugend soll in den Jugendkonferenzen Ende August beraten werden. Mit allgemeinem Interesse wurde der Bericht von der Hauptversammlung in Wien entgegengenommen, die weittragende Beschlüsse für die Ausgestaltung des Vereins faßte. Große Aufmerksamkeit fanden auch die Erläuterungen über den Felderbau, der in meinen Tagen im Rohbau vollendet ist. Zum inneren Ausbau sind noch weitere Mittel erforderlich. Allgemein wurde gewünscht, daß die Mitglieder das Werk durch Zeichnung von Anteil- oder Darlehensschein unterstützen mögen. Größere Beträge würden nach besonderer Vereinbarung entgegengenommen werden, wogegen Anteilsscheine zum Sparzinsfuß verrentet werden sollen. Mindestens 1 M. müsse jedes Mitglied für das große Werk übrig haben.

Für den 6. September ist eine Bezirkswanderung auf den Ottilienberg bei Eppingen geplant, wozu auch an die unterbadischen und württembergischen Ortsgruppen Einladungen ergehen werden. Entsprechend dem Beschluß der Haupt-

versammlung werden im kommenden Winter für Stäuffer Brunnendankfeste veranstaltet, wozu ein eingehendes Programm vorbereitet wird. Die Tätigkeit der Vereine wird durch die Ortsgruppen gefördert werden. Nach Erledigung von kleineren Angelegenheiten konnte die Tagung gegen 1 Uhr nachmittags beendet werden, doch blieben die Anwesenden noch lange im frohen Kreise beisammen. Möge die geleistete Arbeit von Erfolg gekrönt sein, mögen sich aber auch die fehlenden Ortsgruppen weiterhin — trotz Wetter — ihrer Pflicht bewußt werden. „Berg frei“.

Eröffnung des Gauheimes Schwaben auf dem Kniebis
Am 15./16. August wird der Gau Schwaben auf dem Kniebis sein neuerbautes Gauheim in feierlicher Form dem Verkehr übergeben. Wir richten an die mittelbadischen Ortsgruppen die Bitte, sich recht zahlreich an dieser Feier zu beteiligen. Das Heim wird zweifellos die Bande zwischen den badischen und württembergischen Genossen enger knüpfen, umsomehr das Heim auf badischem Boden liegt. Das Hüttchen wird dadurch im nördlichen Schwarzwald weiter abgeschlossen, was von großem Vorteil für alle Schwarzwaldwanderer sein wird. Der 15./16. August gehört also dem Kniebisheim.

Die Richtfeier des Feldberabeims
Die Richtfeier des Feldberabeims — die ursprünglich für den 16. August vorzusehen war — wurde mit Rücksicht auf die Kniebisfeier um acht Tage später, auf den 23. August verlegt, wozu die Mitglieder Kenntnis nehmen wollen.

Veranstaltungen der Naturfreunde-Jugend
Dienstag, 4. August: 18 Uhr Treffpunkt am Einkenheimer Tor. Mittwoch, 5. August: Diskussionsabend und Vortrag über die Dichtkunst der arbeitenden Jugend. Freitag, 7. August: 18 Uhr Treffen der Sportabteilung am Platz der Freien Turnerschaft. Samstag, Sonntag, Montag und Dienstag: Subtour in den württembergischen Schwarzwald. Jugendfahrten und Übernachungen 3.60 M. Samstag 6 Uhr 22 Abfahrt nach Rammelsbach. Rammelsbach-Guggenauer Haus in Rammelsbach. Sonntag Urnsold-Zugenderberge Altensteig Montag Altensteig-Zugenderberge Wildberg. Dienstag Wildberg-Teinach-Galw-Dirgau. Auf der Höhe vor Teinach kleine Festtagungsfeier.

Briefkasten der Redaktion
Hastatt. Wir erhielten zwei Karten mit dem Wochenprogramm der Arbeiterjugend, aber auf jeder Karte waren andere Veranstaltungen angegeben. Wir möchten dringend bitten, doch jeweils einen Jugendabend zu bestimmen, der uns das Programm sendet. Wenn das heute veröffentlichte Programm nicht stimmt, liegt die Schuld nicht an uns.

Bezugsquellen für Natur- u. Sportfreunde

Herren-Artikel
Kurz, Weiß- u. Wollwaren
Gebrüder Kugel
Rheinstr. 63 — Tel. 2737
Fabrikation sämtl. Herren-
Dam.- u. Kinderwäsche auch
bei Zugabe von Stoffen.

Georg Maier
Schuhmacherei
Augustenstr. 22
Tourenstr. 22
Spezial:
Schuhbesohlarbeiten

Daniels
Konfektionshaus
Wilhelmsstr. 36,
1. Treppe
Billigste Bezugsquelle
für Damenkonfektion

St. Martins-Bier
Spezialbier der
„Hüttenbräuerei“

Solide Sportstiefel
Qualitäts-Schuhwerk
zu vorteilhaften Preisen im
Schuhhaus Simon
Kaiserstr. 201

MÖBEL
in bekannter grosser
Auswahl im Möbelhaus
Mater Weinheimer
Kaiserstr. 32
Zahlungserleichterung

Murgtalbräu
Qualitäts-Bier I

V. HEUPEL
Stock- und Schirmfabrik
G. m. b. H.
Herrenstr. 46
Verk.-Pl.: Kaiserstr. 201

**Herren-
und Damenwäsche**
Herrn. Guggenheim
Markgrafenstr. 25

**Alle Kegol-
u. Sports-
freunde
treffen sich im
Feldschlößchen**
bei Ludwig Nagel
Metzger u. Wirt, Karlstr. 71

Bekleidungs-Industrie
G. m. b. H. **D. P. L. A. C. H.**, Wein-
gartenstr. 6, gegenüber dem
Finanzamt. — Telefon 615
Billigste Bezugsquelle für
Wiederverkäufer

Maschinen-Strickerei
Strickkleider — Kostüme — Westen
Kaiser-Passage 19, 2. Stock.

**Touristen
bevorzugen
HENSEL'S**
Dauerwurstwaren
sowie
Würstchen u. Schinken
in Dosen

Marellis Zigaretten
enttäuschen
nie!

**CALMON
REIFEN**

**Gritzner-Nähmaschinen
und Fahrräder**
Karl Ehrfeld
am Rondellplatz

Ernst Marx
Karlsruhe, Luisenstr. 66
Fernruf 3080
Spezialhaus f. Herde, Oesen,
Gänserde, Küchen- u. Hotel-
Einrichtungen

Gute, billige Stoffe
finden Sie auf der Etage
Siegfried Ruben, Kaiserstr. 100
Verkauft nur 1 Treppe hoch.

**SPORT-
BEKLEIDUNG**
fertig und nach Maß, kauft
man am vorteilhaftesten
im **Spezialhaus für
Herren- und Knaben-
Bekleidung**
Mees & Löwe
Karlsruhe (Baden)
Kaiserstr. Nr. 46

Confektionshaus Hirschen
Kaiserstr. 95
Ecke Kronenstr.

Bahn & Bassler
Natürl. Mineralbrunnen des In- u. Aus-
landes zu Kurzwecken und als tägl.
Tischgetränk / Alkoholfreie, moussier.
Baldur-Getränke aus natürl. unver-
gorenen Fruchtsäften. **Karlsruhe I. B.**,
Zirkel 30, Tel. 236, **Friedburg I. B.**, Lager-
hausstr. 19, Telefon 2607. Gegr. 1887

**Göricke-Fahrräder
und Motorräder**
bestes Qualitätsrad bei
günstiger Zahlungswaise
O. Fischer & Co.
Karlsruhe I. B.
Akademiestr. Nr. 32

Schuhhaus Ammann
Lammstr. 12
Größte Auswahl in
Sportstiefel
Als aktiver Sport-
freund gewähre ich
Sonderpreise

P. BACH KARLSRUHE I. B. WERBEVERLAG FÜR REKLAME ALLER ART

Karlsruher Polizeibericht vom 4. August

Brand. Vermutlich durch Zigarettenrauchen geriet heute früh 3.50 Uhr in einem Hause der östlichen Kaiserstraße ein Bett in Brand, in welchem der Sohn der Familie schlief. Das Feuer konnte durch die beiden sowie zwei Polizeibeamte, die von der Straße aus das Feuer bemerkt hatten, gelöscht werden. Sturz vom 5. Stodwert. In einem unbewachten Augenblick fiel gestern vormittag in der Rudolfstraße ein drei Jahre altes Mädchen aus dem Fenster des 5. Stodwertes in den unten liegenden Hof und war kurze Zeit bewußlos. Es wurde von Hausbewohnern in das Kinderkrankenhaus verbracht. Der behandelnde Arzt konnte keine inneren Verletzungen feststellen. Das Kind erlitt nur eine Beule an der linken Kopfseite und Hautabrisse am linken Arm und Bein, da es auf die linke Körperseite gefallen war. Lebensgefahr besteht nicht.

Die Gehälter der Beamten

Der Badische Beamtenschaft teilt uns mit: In der Reichs-Lohnsituation vom Freitag, 31. Juli, wurde der Notetat in 3. Lesung verabschiedet. In dem in der Tagespresse hierüber erschienenen Verhandlungsbericht wird gesagt, daß der Reichsfinanzminister in diesem Gesetz ermächtigt wird, den Beamten einen Zuschlag zum Grundgehalt zu gewähren, der in den Besoldungsgruppen 1-8 12 1/2 Proz. in den übergeordneten Gruppen 10 Prozent beträgt. Diese Besoldungsgruppe ist irreführend, da sie sowohl im Publikum wie in der Beamtenschaft den Eindruck hervorruft, als ob zu den jetzigen Besoldungen der Beamten der Zuschlag bewilligt worden wäre. Das trifft jedoch nicht zu. Durch das Etatgesetz ist der Reichsfinanzminister vielmehr nur ermächtigt worden, den Zuschlag zum Grundgehalt von 12 1/2 resp. 10 Prozent, der durch die im November v. Js. erfolgte Regelung der Beamtenegehälter bereits bewilligt und seitdem gezahlt wird, bis zur Geltungsdauer des Etatgesetzes, also bis 30. November 1925, weiter zu zahlen. Die Beamten erhalten also nach diesem Notgesetz keinen Pfennig mehr an Besoldung, wie bisher.

Weitere Todes-Urteile in Bulgarien

Sofia, 3. August. Im Prozeß gegen die kommunistische Militärorganisation von Sofia wurden von 23 Angeklagten 11 zum Tode durch den Strang verurteilt. Ein Todesurteil wurde in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt, die anderen Angeklagten erhielten hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Schwere Auto-Unfälle

Berlin. Auf der Chaussee zwischen Kolberg und Mathe fuhr ein Kraftwagen der Reichswehr beim Ueberholen eines Gespannes gegen einen Prellstein und über schlug sich. Ein Feldwebel namens Tuschina wurde getötet, während der andere Insasse, ein Unteroffizier, mit dem Schrecken davon kam.

Berlin, 3. Aug. In einem Bahnübergang bei Bremersförde wurde ein Lastauto mit Anhänger von einer Lokomotive erfasst und zur Seite geschleudert, wobei der Fahrer des Anhängers totgequert wurde.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte für Mittwoch, 5. August: Wechselnd bewölkt, mäßig warm, vereinzelt Niederschläge.

Letzte Nachrichten

Ausweisung der polnischen Optanten aus Deutschland

Reichsminister Dr. Stresemann hat sich gegenüber dem Vertreter einer schlesischen Zeitung über die Maßnahmen geäußert, die Deutschland in der Optantenfrage einnehmen werde. Der Minister erklärte, unter den gegebenen Umständen nicht sich die deutsche Regierung selber in die absonderliche Rolle verwickeln, auch ihrerseits die polnischen Optanten in Deutschland, deren Zahl etwa 8000 beträgt, nach dem 1. August auszuweisen. Auch ihre Wohnungen werden zum Zwecke der Unterbringung der aus Polen zurückkehrenden Deutschen in Anspruch genommen werden. Ich kann nur auf das nachdrücklichste betonen, daß die deutsche Regierung alles getan hat, um in der Frage der Optanten in einer der Grundgesetzen friedlichen Zusammenlebens zwischen den Völkern und der Humanität entsprechenden Lösung zu kommen.

Konferenz über den Sicherheitspakt?

Paris, 3. Aug. Hannes meldet aus Brüssel: Der „Globe“ veröffentlicht einen Artikel, worin mitgeteilt wird, er erwarte, daß angeblich diplomatische Verhandlungen zwischen London, Paris und Brüssel im Gange seien, die aufklären sollen, ob die Konferenz, an der Deutschland teilnehmen würde, zusammenzutreten solle, um die Frage des Sicherheitspakts zu erörtern und zu regeln. Das Blatt glaubt, daß die englische und belgische Regierung dem Zutritt einer derartigen Konferenz eher eine günstige Stimmung entgegenbringe, während man auf französischer Seite ein gewisses Zögern an den Tag lege. Die Konferenz würde in der zweiten Hälfte des September, also nach der Tagung des Völkerbundes stattfinden. Diese am 7. September beginnende Tagung würde Chamberlain, Briand und Vandervelde gestalten, ihre Meinungen bezüglich des Sicherheitspaktes auszutauschen, da sie der Tagung des Völkerbundes persönlich beizuwohnen würden. Man glaube nicht an die Möglichkeit, daß im September bei der Völkerbundtagung in Genf die Frage der Zulassung Deutschlands aufgeworfen werde. Man erwarte folglich auch nicht die Notwendigkeit, die geplante Konferenz vor dem Zutritt der Völkerbundversammlung einzuberufen.

Bereinsanzeiger

Arbeiter-Sängerchor. Mittwoch, 5. August, abends 8 Uhr, Karlsruher Versammlung im „Bühnen“, Saalmeisterstr. 56 (Lokal der „Gleichheit“). Da wichtige Tagesordnung, werden die Vereinsvorstände und Delegierten um pünktliches Erscheinen gebeten. Der Vorstand. 4427. Freie Turnerschaft. Während der Schulferien finden die Turnstunden auf dem Sportplatz der Linfenheimer Allee statt. und zwar für Schüler und Turner Dienstags, für Schülerinnen und Turnerinnen Mittwochs von 6 Uhr abends ab. - Mittwoch abends 8 Uhr, „Völkisch“ Monatsversammlung. Rübner. (Naturfreunde.) „Völkisch“ Monatsversammlung. Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Sterbefälle. Gisela Steinbach, 4 Monate 9 Tage alt, Vater Ernst Steinbach, Metzger. Wilhelmine Meß, 68 Jahre alt, Privatier, ledig. Karolina Ridel, 72 Jahre alt, Witwe von August Ridel, Oberpostkammer. Wilhelm Ridel, Mediziner, ledig, 19 Jahre. Karl Martini, Schneidermeister, Chemann, 55 Jahre.

Advertisement for Pfannkuch, Kartoffeln, and Matjes-Sheringe. Includes prices like 20, 625, 40, 40.

Advertisement for Dixin soap powder. Text: „Das dankbare Seifenpulver“. Größte Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Ohne Chlor.

Advertisement for Paßbilder, Offert-Photos, and Rausch & Pester. Includes address: Erbprinzenstr. 3.

Table titled 'Amtliche Bekanntmachungen' showing street names and addresses. Columns: Straße, Straßenzahl, Bauklasse.

Advertisement for Emil Schweitzer, Möbel- und Speisezimmer. Spezialvertrieb kleinerer Möbel. K.-Mühlburg, Lameystraße 51.

Advertisement for Grünkern, Möbl. Zimmer, and Chaiselongnes. Includes prices and contact information.

Advertisement for Wiener Operette im Städt. Konzerthaus. „Gräfin Mariza“ von Emmerich Kalman. Heute Dienstag, den 4. August, abends 7 1/2 Uhr.

Advertisement for Weltkino Kaiserstraße 133. Ab heute bis Montag: Verrat. Der große Wildwestfilm mit Harry Carey in 6 Akten.

Advertisement for Staatsumwälzung u. Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914/24 von A. Remmele.

Advertisement for Zuschneideschule and Schleifermeister. Includes contact information for Jakob Bauschlicher and Elitann & Baer.

Advertisement for Durlacher Anzeigen. Sonder-Angebot: 50 000 Aluminiumtöpfe. Includes images of pots and prices.

Karlsruhe i. B.

Photo-Apparate **Alb. Glock & Cie.** Kino-Apparate

Kaiserstr. 89.

Drogerie Wilh. Tscherning
bekannt durch Qualitätswaren
Ecke Amalien- und Karlstrasse
Telefon 519.

Kinder- und Damen-
sowie
Herren-Konfektion, Berufskleider
ferner
Manufakturwaren jeder Art
finden Sie in größter Auswahl zu niedrigsten Preisen bei
Gebrüder Blechner Nachf., Rastatt.

Kallinich
höchste Qualitäts-Zigaretten
in den Konsumpreislagern
Kallinich, Zigarettenfabrik, Rastatt (Baden)

Excelsior-Künstlerspiele
Kaiserstrasse 26 / Telefon 977
Direktion: A. UNSER
Täglich 8.30 Uhr abends:
„Das Großstadt-Programm“

Gebrüder Kugel
Gegr. 1887
Klosterstraße 63
Herren-Artikel, Kurz-, Weiss-, Woll-
waren, Wäsche-Fabrikation.

MUSIK APPARATE
preiswert
Besuchen Sie unser reich-
haltiges Lager:
Telefon 236

ODEON-HAUS
Kaiserstr. 176

MUSIK PLATTEN
erklassig
Verlangen Sie unverbind-
liche Vorführung.
Kaiserstr. 176

Wellpappenwerk G.m.b.H.
Bruchsal
Wellpappen in Rollen u. Bogen / Kartonmagen

Kaufen Sie Futtermittel
für alle Tierarten nur bei
Albert Schneider A.-G., Karlsruhe-Mühlburg
Telefon 2548



Wenn Sie Büromöbel kaufen

dann besichtigen Sie auch die
altbewährten

Stolzenberg-Fabrikate

Sie lernen dann Qualitätsmöbel kennen und
beurteilen und kaufen nichts was Sie
später reuen wird.

Weitere Spezialitäten:
Stolzenberg-Karteien,
Stolzenberg-Blitz-Ordner,
Stolzenberg-Blitz-Ordner
Steuermappe.

**FABRIK
STOLZENBERG**
Büroeinrichtungs-A.-G., Oos i. B.

Musterlager in:
KARLSRUHE, Waldhornstr.
FRIBURG i. B.,
Friedrichstrasse
MANNHEIM, E 4, I.

Herren-Hüte-Mützen
ADOLF LINDENLAUB
Kaiserstrasse 191
Karlsruhe

Buchdruckerei „Volksfreund“
Telephon 128 KARLSRUHE Luisenstr. 24
liefert
Sämtliche Druckarbeiten
schwarz und farbig, in kürzester Frist.

Papiere aller Art, sämtl. Büro-Bedarfsartikel
Farbbänder, Kohlepapiere etc. liefert:
Krös & Botzenhard / **Papier-Bürobedarf**
Telephon 2040 Westendstraße 29, Hans Sachsstraße 23
Neubau Rückgebäude.
Verlangen Sie Angebote!

RUDOLF HIRSCH
SPORTARTIKEL
KARLSRUHE i. B.
JAHNSTR. 18

Trinkt Franz-Bier
Telefon 4
RASTATT
Telefon 4

Moritz Veith Nachf.
Telefon 2088
Gegr. 1885
KARLSRUHE
Möbel, Matrazenstoffe- und Teppiche-Großhandlung
Kronenstr. 34

P. M. Gräfinger
RASTATT
Manufakturwaren aller Art / Herren- u. Damenkleider-
stoffe / Ausstattungs-Artikel / Damen-, Kinder- u. Herren-
Konfektion / Teppiche, Läufer, Linoleum / Damen-
und Herrenwäsche
Billige Preise!
Große Auswahl!

Foto-Handlung H. HUGEL
Schützenstraße 12 / Telefon 2663



**Der Weise
weiss
wo er kauft**

**Trinkt
Milch!**

Milchverbrauch u. Volksgesundheit stehen in engem
Zusammenhang. — Tagesration nicht unter 1/2 Liter pro Kopf.

Karlsruher Milchversorgung G.m.b.H.